

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

45. Woche für die Zeit vom 7. bis 13. November 1902.

Posen, den 18. November 1902.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 259 des Dziennik Poznański
vom 9. November 1902:

Aus der polnischen Fraktion.

Im Namen und mit Ermächtigung der polnischen Fraktion des deutschen Reichstages bitte ich das geehrte polnische Publikum um schnelligste Uebersendung des vorhandenen Materials:

- a) in Sachen des militärischen Boykotts gegenüber den polnischen Kaufleuten und Handwerkern,
- b) in Sachen der Rücknahme der Berechtigung zum einjährigen Dienst,
- c) in Sachen der Behandlung der in Haft genommenen polnischen Redakteure als gewöhnliche Verbrecher,
- d) in Sachen der Umänderung polnischer Namen auf den Standesämtern.

Erwünscht ist nur sicheres und klares Material, denn dies allein ist brauchbar. Dasselbe ist zu senden an den Unterzeichneten oder an Herrn Janta von Polczynski unter der Adresse: Berlin, Reichstag.

Berlin, den 6. November 1902.

Joseph von Glembocki,
Schriftführer der Fraktion.

Aus Nr. 480 des Kuryer Poznański
vom 7. November 1902:

Sienkiewicz über die Preußen.

In den beiden einflussreichsten und angesehensten Zeitschriften, der englischen, in London erscheinenden Contemporary Review und dem amerikanischen, New-Yorker Mc. Clure's Magazine soll die Arbeit eines hervorragenden englischen Staatsmannes und Publizisten erscheinen, in welcher von der Thätigkeit des Nationalismus und von den Mitteln die Rede ist, durch welche sich die polnische Gesamtheit gegen ihn verteidigt. Wie der Londoner Korrespondent des Przeglądu mittheilt, ist in beiden obengenannten Wochen-schriften bereits der erste Theil dieser Arbeit erschienen. Sie wird eingeleitet durch eine auf Bitten des Autors von Sienkiewicz verfaßte Vorrede. Diese lautet:

„Wenn der nachstehende Artikel der Feder eines polnischen Schriftstellers entstammte, so würde ohne Zweifel die chauvinistische Presse in Preußen nicht verfehlen, auszubreiten, so habe die Verhältnisse nur ein Pole darstellen können, und der Leser finde darin nichts als Parteilichkeit und Uebertreibung. Aber nun hat eine polnische Feder an der Arbeit selbst sich nicht betheiligt. Wenn ich aber einige Worte als Einleitung hinzufüge, so geschieht dies einzig deshalb, um hervorzuheben, daß die Sache gerade so von keinem Polen dargestellt worden ist, sondern von einem Fremdländer, der noch dazu ein wegen seiner Ueberlegung, Mäßigung und Gewissenhaftigkeit bekannter Schriftsteller ist, der lange Zeit an Ort und Stelle gewohnt und die polnisch-preussischen Verhältnisse persönlich beobachtet hat. Gleichzeitig will ich bezeugen und feststellen, daß alles das, was einem Christen und gesitteten Menschen in diesen Verhältnissen vielleicht als unzulässig im XX. Jahrhundert erscheint, leider strenge, objektive Wahrheit und zugleich die Politik ist, welche täglich in den zu der preussischen Monarchie gehörenden polnischen Landestheilen praktiziert wird.

Die preussische Regierung beruft sich zwecks Verdeckung des . . . auf die sogenannte „polnische Gefahr“, welche angeblich dem gesammten deutschen Reiche von Seiten der Polen droht. Besteht eine solche Gefahr thatsächlich? Können einige Millionen der polnischen Bevölkerung, die unter preussischem Szepter lebt, Grund zu Befürchtungen sein für die 60 Millionen Deutschen, welche so mächtig organisiert sind, sowohl in militärischer, als auch in sozialer Hinsicht? Es kann nur folgende Antwort auf diese Frage geben: Entweder ist das Sichberufen auf die „polnische Gefahr“ eine grenzenlose Engherzigkeit oder Heuchelei von Seiten der preussischen Regierung. Mit einer dieser beiden Annahmen muß man einverstanden sein; denn irgend eine Gefahr dieser Art könnte nur für den Fall existiren, wenn die außerhalb Preußens wohnhaften Polen, statt zu Rußland und Oesterreich zu gehören, einen selbständigen Staat bilden würden, welcher auf den Waagschalen der europäischen Politik ins Gewicht fallen könnte. Eine polnische Gefahr besteht also nicht? Gewiß besteht eine solche, sie ist aber ganz anderer Art, als sie die glatten preussischen Staatsmänner darstellen. Als ich einst über diese Verhältnisse schrieb, berief ich mich auf den deutschen Denker Holzendorf, der, von den Preußen sprechend, sagt, es sei eine Täuschung, wenn man meine, daß eine unmoralische Politik im Laufe der Jahre nicht die ganze Bevölkerung eines gegebenen Staates depraviren könnte. Und das ist die Gefahr! Die Politik des preussischen Staates war vom Beginn seines Bestehens an in dem Grade unmoralisch, daß Preußen

sogar im XVIII. Jahrhundert, d. i. in der Epoche des tiefsten Verfalls des öffentlichen Gewissens unter den europäischen Staaten die erste Stelle einnahm Abgesehen davon, daß Friedrich II., dessen Denkmal man neuerdings dem edlen amerikanischen Volke geschenkt hat, als Privatmann nicht sein könnte, aber er war zugleich, aller Bewunderung ungeachtet, die Carlyle für ihn hegt, der politische der neuesten Zeiten. Kurz nachher brandmarkte Napoleon laut die preußische „fides publica“, indem er behauptete, daß angesichts der der preußischen Regierung alle mit ihr abgeschlossenen Traktate nicht den geringsten realen Werth hätten. Im Verhältniß zu den Polen war die preußische Politik seit dieses Friedrichs Zeiten in dem Grade treubruchig, daß es geradezu dafür keinen Vergleich giebt, in letzter Zeit aber wurde sie umso, je mehr der an Macht gewachsene Staat vollständiger Straflosigkeit sicher war.

Friedrich Wilhelm III. hat öffentlich mit seinem königlichen, im eigenen und in seiner Nachfolger Namen abgegebenen Worte den Polen Achtung ihrer Religion, Nationalität und Sprache garantiert. Es könnte scheinen, daß angesichts eines solchen Wortes davon nicht die Rede sein kann, daß es nicht gehalten werde; es könnte scheinen, daß, wenn ein Privatmann den Bruch eines öffentlich gegebenen Versprechens sich als auslegen würde, diejenigen sich eines solchen enthalten müßten, welche die Vorziehung zu Gütern nicht nur der persönlichen, sondern auch der nationalen Ehre gemacht hat. Nun, wie dies königliche Wort und diese öffentlich eingegangenen Verpflichtungen gehalten werden, möge dies nachstehender Artikel eines englischen Schriftstellers beantworten. Wenn ihn der englische oder amerikanische Leser wird kennen gelernt haben, dann wird er sich einen sehr genauen Begriff machen von der Sittlichkeit der preußischen Politik und von dem Loos der Polen, welche gezwungen sind, unter zu leben.

Man braucht sich aber nicht auf Holzendorf zu berufen, um zu begreifen, daß eine Politik dieser Art sich an der preußischen Volksseele aufs fatalste rächen mußte. Die Regierung hat ihre Unterthanen an den Gedanken gewöhnt, daß Macht vor Recht gehe, daß man Verpflichtungen nicht zu halten brauche, daß man Königsworte und damit die nationale Ehre mit Füßen treten könne, daß man sich nur vor einem Stärkeren beugen, Schwächeren gegenüber, zu denen die Polen gehören, dagegen sich keine Fesseln anzulegen brauche. Und natürlich hat die preußische Kollektivseele in einer solchen Schule in hohem Grade den Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit eingebüßt, und zu einem wesentlichen Theile kann man eben daraus die Sachen erklären, von denen der Verfasser unten schreibt. Kräftige Organismen widersehen sich siegreich verschiedenen Krankheiten, möglich also, daß auch diese gegenwärtig depravirte Volksgeamtheit in Zukunft die Gesundheit wiederzugewinnen wissen wird, — einstweilen aber bildet diese moralische Fäulniß eine wirkliche Gefahr, die man eine polnische deshalb nennen kann, weil sie, wenn nicht durch die Schuld, so aus Anlaß der Polen die deutsche Seele bedroht.

Der hervorragende Rudyard Kipling sagt in seinem „Buch der Einöde“, daß giftige Schlangen im Alter ihr Gift überleben. Mit Bismarck war das Gegenheil der Fall. Er überlebte seine Herrschaft, seinen Ruhm, aber er hat das Gift nicht überlebt, womit er gegen das Ende des Lebens hin die polnische Volksgeamtheit bespritzte. Das eine Feld, auf welchem er noch säen und ernten konnte, war das

Verhältniß des Staats und der deutschen Volksgeamtheit den Polen gegenüber.

Er hörte auch bis zu seinem Lebensende nicht auf, zu hegen, und als endlich die Ratter plagte, wurden aus ihr ganze Hunderte kleiner Rattern geboren. Auf diese Weise entstand der HRT-Verein, welcher die alten Wunden in noch höherem Grade entzündete. Er nennt sich einen patriotischen Verein, arbeitet angeblich für Preußen und Deutschland, indeß die bisherigen Resultate sind nachfolgende: 1. innerer Zwist im Staate, 2. ein Blatt mehr in der Geschichte Preußens, das von der ganzen zivilisirten Welt als anerkannt wird.

Das verdanken heut der Staat und der Kaiser dem HRT-Verein, und kein Deutscher kann bestreiten, daß es sich so verhält.

Der Autor nachstehender Arbeit zählt auch andere Unbill und Bedrückungen jedweder Art auf, der die Polen unter preußischem Szepter ausgesetzt sind. Ohne Zweifel wird der Engländer oder Amerikaner, der staunend davon liest, sich die Frage vorlegen, ob Verhältnisse dieser Art im XX. Jahrhundert immitien der alten europäischen Zivilisation existiren können? Was mich anbetrifft, so füge ich nur hinzu, daß jene Unbill und Verfolgungen auf eine arbeitsame, nüchterne, sehr moralische, sehr wirthschaftliche Bevölkerung fallen.

Wie lange eine solche Politik andauern wird, das ist schwer voranzusehen; aber vom menschlichen und historischen Gesichtspunkt aus kann man ihr kein allzulanges Leben voraussagen. Es ist das nämlich eine Politik nicht des Verstandes, sondern des Chauvinismus und der Leidenschaft. Von dieser Seite habe ich schon anderswo geschrieben, gegenwärtig kann ich mich also auf nur noch eine Bemerkung beschränken. Selbst wenn jene Politik rationell wäre, so giebt es ein Urtheil, das höher ist, als alle momentane Staatsraison: das Urtheil der christlichen Menschengewissen, — und wenn es sich um Unbill handelt, welche den heiligsten Empfindungen angethan wird, wie z. B. der Anhänglichkeit an den Glauben, die Rationalität und die Sprache, — wenn es sich um die Thränen von Kindern und Müttern handelt, dann kann dies Urtheil nicht zweifelhaft sein.

Was uns anbetrifft, — wir werden ausharren.

Heinrich Sienkiewicz.

Aus Nr. 258 des Dziennik Poznański
vom 8. November 1902:

Die „Bank Ziemski“.

Die außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Bank Ziemski fand gestern in den Mittagsstunden im SitzungsSaale dieser Bank, Viktoriastraße Nr. 2, unter der Leitung des Aufsichtsraths, des Herrn Grafen St. von Zoltowski aus Niechanowo, statt.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die Erhöhung des Anlagekapitals von 3 auf 4 Millionen Mark.

Es wurde einstimmig beschlossen, eine Subskription zur Zeichnung von 1000 namenlosen Aktien zu je 1000 Mark anzulegen, für welche die Subskribenten bei der Zeichnung die erste Rate im Betrage von 250 Mark und den fiskalischen Stempel für die Aktie von 20 Mark zu zahlen haben; die späteren Raten sollen laut Beschluß des Aufsichtsrathes der Bank Ziemski in Beträgen von 250 Mark gezahlt werden, die Zahlung soll jedoch nicht in kürzeren als in halbjährlichen Zeitabschnitten geschehen. Es ist indeß jedem Subskribenten gestattet, die ganze Valuta bei der

Zeichnung oder später einzuzahlen, den Rest dagegen zu jeder Zeit. Von dem eingezahlten Betrage wird die Bank Biemski bis zum Tage des Schlusses der Subskription 4 Prozent Zinsen zahlen.

Den zweiten Gegenstand der Berathungen bildete die Aenderung des § 5 des Statuts, welcher bisher folgenden Wortlaut hatte:

„Zweck des Unternehmens ist die Vermittelung von Parzellirungen, An- und Verkäufen, sowie Verpachtungen von Ländereien.

Jegliche Bank- und Kreditgeschäfte, welche nicht in den obigen Bereich der Thätigkeit fallen, sind ausgeschlossen.“

Auf Grund einstimmigen Beschlusses wird dieser Paragraph von jetzt ab wie folgt lauten:

„Der Zweck des Unternehmens ist der An- und Verkauf, die Parzellirung und Verpachtung ländlicher Güter, sowie die Vermittelung bei diesen Geschäften.

Zulässig sind jegliche Bank- und Kreditgeschäfte, welche zur Erleichterung obiger Aufgaben oder zur Vermehrung des Betriebskapitals der Bank beitragen und unter anderen auch die Annahme von Depositen auf Zinsanlage.

Ausgeschlossen sind dagegen: Der An- und Verkauf von Börsenpapieren zu Spekulationszwecken, die Unterzeichnung von Wechseln ohne Empfang der Valuta und die Ertheilung von Kredit ohne reale Sicherheit.“

Die Diskussion, welche sich über diesen Paragraphen entspann, zeigte im Resultate, daß der gegenwärtige Tenor in den bisherigen befestigten Aufgaben der Bank keinerlei Veränderungen nach sich ziehen wird, sondern, daß es sich lediglich um eine ausführlichere Formulierung der Intention der Gesellschaftsmitglieder handelt.

Damit schloß die Generalversammlung, in welcher der Rechtsanwalt Herr W. Trompezyński das Protokoll führte.

Aus Nr. 44 der Praca
vom 2. November 1902:

Caveant consules!

Wie dem Goniec Więkopolski berichtet worden ist, soll in Bentschen ein Zentrumsblatt gegründet werden und damit gleichzeitig eine Art Generalakt für die deutsch-katholische Agitation in den polnischen Bezirken.

Daß diese Nachricht von unserer Presse gleichgiltig aufgenommen worden ist und die Mehrzahl unserer Zeitschriften sie nicht einmal der Wiederholung für werth gehalten hat, ist geradezu eine niederdrückende Erscheinung. Ein Ueberfluß an politischem Scharfsinn ist bei uns noch nie zu Tage getreten, aber in diesem Falle fehlte es nicht nur vollständig an Scharfsinn, sondern es fehlte überhaupt das politische Bewußtsein!

Dieses Blatt ist eine Frucht unserer langjährigen in diesem Kreise mit dem Centrum abgeschlossenen Kompromisse und die Folge unserer furchtsamen Nachgiebigkeit gegenüber den scheinbar mit uns zusammenhaltenden Deutschkatholiken. Die Deutschen, welche wir unbedachter Weise in unser eigenes Gebiet hineingelassen haben, haben sich bei uns nach uralter Gewohnheit fest eingenistet und trachten jetzt danach, uns, die rechtmäßigen Eigentümer, zu verdrängen.

Die Praca hat verschiedentlich in deutlicher Weise unter Anführung statistischen Materials auf die Schädlichkeit und Zwecklosigkeit der Kompromisse mit dem Centrum hingewiesen, zum letzten Mal geschah dies zur Zeit der vor drei Jahren in diesem

Kreise stattgefundenen Ergänzungs-Wahlen. Wir haben damals zahlenmäßig nachgewiesen, daß das Centrum uns dort nicht helfen kann und nicht helfen wird, daß wir unser Volk, indem wir es verpflichten, für die Zentrumskandidaten zu stimmen, nicht nur einer schrecklichen Begriffsverwirrung aussetzen, sondern daß es dadurch auch zu einer ganz falschen Ansicht über die Zentrumskräfte in den dortigen Gegenden gelangt, wodurch deren Verlangen nach unserem Eigenthum und nach unserem Besitzthum nur verstärkt wird. Es war umsonst! Man folgte uns seiner Zeit nicht, und auch heute noch lenkt man die Aufmerksamkeit auf die uns dort drohende neue Gefahr nicht hin. Ob uns erst eine neue unfehlbare Niederlage die Augen wieder öffnen soll? Und ob dann eine Rettung nicht schon zu spät sein wird?

Dieser Entschluß der Zentrumsparthei ist geradezu eine schamlose Usurpation und beinahe eine offene Kriegserklärung. Es ist nicht genug, daß diese Parthei uns vor Jahren den ganzen polnischen Theil Oberschlesiens genommen hat, den sie uns nicht wiedergeben will, so streckt sie jetzt auch noch die Hände nach einem Theil des Großherzogthums aus.

Was ein Zentrumsblatt in solchen polnischen Gegenden zu bedeuten hat, welche in dem Maße des polnischen Landadels und der Intelligenz beraubt sind, wie die Bentschen'er Gegend, wo sich ein Theil der Geistlichkeit zur deutschen Nationalität bekennet, wissen unsere schlesischen Stammesbrüder gut zu beurtheilen. Eine solche Zeitung wird dem polnischen Volke beinahe mit Gewalt in die Hand gedrückt, das in ihr scheinbar enthaltene Wohlwollen für die Polen, welche durch die Glaubensgemeinschaft gelockt werden, schläfert ihre Wachsamkeit und ihren Argwohn ein, und auf diese Weise werden sie unmerklich aber mit wirklicher deutscher Ausdauer nach und nach zum Deutschtum herübergezogen. Hierdurch bildet sich solch' eine neue deutschkatholische Meinung in einem Kreise, in welchem ausschließlich eine polnisch-katholische Meinung herrschen und zu unterscheiden haben müßte. Man muß den Umstand in Betracht ziehen, wie die Sicherheit und der Unternehmungsgeist einer Parthei durch den Besitz eines eigenen Organs gestärkt wird, namentlich, wenn die gegnerische Parthei nicht im Besitze eines solchen ist. Auch unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß dieses Unternehmen den Uebermuth und die schwärmerischen Hoffnungen der Zentrumspartheiler in den dortigen Gegenden vermaßen vermehren wird, das sie in Zukunft nur ein solches „Kompromiß“ fordern werden, in welchem das polnische Volk nur die Rolle des „Stimmviehs“ für das Centrum zu spielen hätte.

Die Ausführung dieser Absicht zu durchkreuzen, ist uns nicht mehr möglich. Wir haben uns dort an unserem eigenen warmen Busen eine Schlange aufgezogen, die sich sehr bald gegen uns wenden und durch giftige Bisse zu verwunden beginnen wird. Aber wir können ihr noch die Giftzähne ausreißen und ihre Bisse unschädlich machen; zum Mindesten können wir das polnische Volk in der Bentschen'er Gegend vor den hypnotisirenden Blicken dieser Schlange schützen, und zwar ist dies einzig und allein nur durch die schnelle Gründung einer polnischen Zeitschrift in Bentschen möglich.

In sehr berechtigter Weise fordert hierzu der „Goniec Więkopolski“ auf. Auch wir schließen uns dieser Aufforderung an, doch bezweifeln wir, ob sich unter uns ein Privat-Unternehmer finden wird, der den Muth haben würde, sein Vermögen zu diesem Zwecke zu wagen. Denn die Lage der polnischen Verleger in den Ostmarken ist eine sehr schwierige. Sogar in dem Falle, wenn sie eine ansehnliche Zahl

von Abonnenten finden, können sie gewöhnlich auf eine angemessene Bezahlung ihrer Arbeit und Zeitschriften nicht rechnen, weil bei uns der Reinverdienst ständig von dem Staatsanwalt eingestrichen wird. Wenn sich also eine solche muthige Einzelperson nicht finden sollte, dann muß eine Zeitschrift aus gesammelten Fonds, aus gemeinsamen Opfern gegründet werden. Wir versichern uns gegen Feuer sowie Hagel, und zahlen dafür ohne Murren mitunter hohe Prämien; werden wir nicht dazu kommen, in derselben Weise unsere Sache in der Bentschen'er Gegend gegen die ihr drohende politische Niederlage zu versichern? Hierzu müssen Mittel herbeigeschafft werden, wenn wir in Zukunft vor viel schlimmeren Verlusten und Schäden bewahrt werden wollen. Die Mittel werden sich auch finden, wenn es nur in unseren maßgebenden Kreisen nicht an dem nöthigen Willen fehlt. Darum rufen wir laut: Habet Acht ihr Konsuln, solange es noch an der Zeit ist!

Ordon (Pseudonym).

Aus Nr. 481 des Kuryer Poznański
vom 8. November 1902:

Ist die Raczyński'sche Bibliothek verloren?

Der Dziennik Berlinski bringt eine Hiobsnachricht, eine Nachricht, welche, wenn sie sich bewahrheiten sollte, unsere Gesamtheit bis ins Tiefinnerste erschüttern würde.

Diese Nachricht lautet:

Das Statut des Vermächnisses ist bereits geändert. Dr. Collmann ist als Bibliothekar bestätigt. Die Angelegenheit wird in einigen Tagen in die Öffentlichkeit dringen. Man trachtet danach, sogar die Aufschrift Biblioteka Raczyński'skich von der Front des Gebäudes zu entfernen.

Der Dziennik Berlinski ist wegen seiner guten und genauen Information bekannt. Läge nicht der Umstand vor, so wäre das erste Empfinden des diese Nachricht Lesenden das kategorische Bestreiten und zwar auf Grund dessen, daß doch die Aenderung des Statuts nicht von den Deutschen allein abhängt, sondern daß auch die rein-polnische Stimme hier eine entscheidende Rolle spielt. Der Dziennik Berlinski wendet sich an die Erben des verstorbenen Grafen Eduard und fragt sie, was sie dazu sagen!

Für den Fall, daß das Statut durch die Deutschen eigenmächtig gebrochen werden würde, würden die Büchersammlung, das Schloß und die Kapitalien wieder in polnische Hände übergehen. Im Falle der Einwilligung für die Aenderung des Statuts von polnischer Seite her ist es sehr leicht möglich, daß sogar die polnische Aufschrift von dem Gebäude entfernt werden würde. Die Bibliothek würde für immer verloren sein!

Aus Nr. 259 des Dziennik Poznański
vom 9. November 1902:

Zum Bibliothekar des polnischen Instituts der Raczyński'schen Bibliothek, ist, entgegen der ursprünglichen Stiftungsurkunde, ein Deutscher, Herr Collmann, ernannt und von dem Bürgermeister Herrn Künzer in sein Amt eingeführt worden. Diese Entzweiung hervorrufende Thatsache wird nicht verfehlen, auf die Meinung der gesamten Bevölkerung Polens Eindruck zu machen, in jedem Falle aber wird sie alle Polen, welche die Absicht haben sollten, zu deutschen Wohltätigkeitsanstalten Beiträge zu spenden, davon

abhalten. Das Beispiel der Verdeutschung des Raczyński'schen Stifts und das der Raczyński'schen Bibliothek ist ein überaus deutlicher Fingerzeig für „Versöhnung“. Die einzige Hoffnung ist die, daß die Rechte der Familie des Stifters die fatalistische Rechnung durchkreuzen. Diese Familie ist über die Entwicklung dieser Angelegenheit hinlänglich informiert, und heute, nachdem sich die Gerüchte in Thatsachen umgewandelt haben, kann und sollte sie ihr Veto betreffs Rücknahme der Stiftung einlegen.

Diese Thatsache drängt sich von selbst zur Aufnahme in das Material auf, welches der polnischen Fraktion eingehändigt werden soll.

Aus Nr. 482 des Kuryer Poznański
vom 9. November 1902:

Die Angelegenheit der Raczyński'schen Bibliothek spitzt sich immer mehr zu. Gestern führte der Bürgermeister, Herr Künzer, den neuen Bibliothekar, Herrn Collmann, in sein neues Amt ein. Die Frage steht daher jetzt auf der Schneide des Messers. Entweder ist das Statut durch die Preußen gebrochen und die Bibliothek sammt dem Schloße und den Kapitalien kehren in polnische Hände zurück, oder man hat polnischerseits die Erlaubniß zur Statutenänderung erteilt; in diesem Falle wäre alles verloren.

Aus Nr. 479 des Kuryer Poznański
vom 6. November 1902:

Die Russenfurcht der „Posener Zeitung“.

Die Posener Zeitung ist um die Zukunft besorgt. Sie bespricht die Angelegenheit der Vereinigung aller slawischen Nationen gegen die Deutschen und den Umstand, daß das mächtige Rußland sich die slawische Idee zu eigen machen könnte. Die Posener Zeitung bebt augenscheinlich vor Schreck. Sie ist beunruhigt, getrübtet sich aber dessen, daß das deutsche Militär doch sehr stark sei und unsere polnischen Landestheile unter preußischer Herrschaft erhalten werde. Aber allem Anschein nach ist die Unruhe größer als der Trost, denn die Arme ruft verzweifelt: Doch was würde geschehen, wenn die von Preußen beherrschten polnischen Landestheile in Wirklichkeit nach einem siegreichen Kriege den Preußen genommen und an das Königreich Polen angegliedert würden? Dieser Schrei der preußischen Zeitung: „Was würde geschehen?“ ist überaus charakteristisch, das wissen die Preußen wohl! Sie wissen, daß dies nicht mehr und nicht weniger als der ganze und vollständige Fall des preußischen Staates wäre. Und nicht nur der Fall Preußens, sondern auch eine gräßliche Niederlage des Deuththums in den polnischen und slawischen Landestheilen.

Nach Beseitigung des Militärs und der preußischen Beamten — was bliebe in unsern Landestheilen von der preußischen Macht übrig? Und wie schnell würde das geweckte slawische Nationalbewußtsein mit dem, was übrig bliebe, fertig werden? Oesterreich wäre in dieser Hinsicht kein Hinderniß. Macht doch dort das Slaventhum riesige Fortschritte!

In der That, wir verstehen den Ausruf der Furcht und des Schmerzes, den Schrei instinktiven durchdringenden Schreckens, den jeder rechtgläubige Preuze ausstößt bei dem Gedanken an die Ausrottung des Deuththums im Osten. Wir verstehen auch, daß

ein vorsichtiger Preuße wohl sieht, daß ihr gegenüber das deutsche Zwerglein geradezu verschwindet, das selbe Zwerglein, das bei uns den Riesen spielt.

Und immer öfter warnen vorsichtige Preußenstimmen vor der Entwicklung der slawischen gegenseitigen Zuneigung, immer energischer, mit wahrhafter Energie der Verzweiflung arbeiten die Deutschen daran, die gräßliche slawische Sturmfluth, und sei es auch nur um einige Jahre, aufzuhalten. Es ist das vom deutschen Standpunkt aus ganz verständlich. Zu verwundern ist nur, weshalb dieser Verstand erst jetzt in ihnen erwacht, und zwar nicht in Thaten, sondern in Worten. Ist doch der Hafatismus der prächtigste Riesenagitator zu Gunsten der panslawistischen Idee.

Vor Kurzem lasen wir in einem der deutschen Blätter interessante Auslassungen über das Thema „Fernerhaltung der slawischen Idee von den Polen.“ Nach Ansicht jener deutschen Patrioten gilt es, alle offiziellen und nicht offiziellen Mittel anzuwenden, um die Slawen zu entzweien, um die Aufmerksamkeit der Polen von den preußisch-polnischen Verhältnissen ab- und nach Osten zu lenken. Heut ist es in erster Linie Aufgabe der Deutschen, Zwist zwischen die Slawen zu säen, alte Streitigkeiten anzufachen, alte Unbill aufzurühren und beide Seiten aufzureizen. Und immer mehr bemächtigt sich denkender Leute die Ueberzeugung, daß heut die Deutschen die antislawische Agitation unter den Slawen als ihre Kardinalaufgabe ansehen. Sie müssen das geradezu thun, wenn sie Selbsterhaltungssinn besitzen. Hier giebt es kein Mittel, daß sie unversucht lassen könnten. Das verstehen heut immer mehr Deutsche, aber andererseits geben sich davon auch immer mehr Slawen Rechenschaft, und darum sehen sie sich die deutsche Aktion unter den Slawen immer sorgfältiger an, die um so wirksamer ist, je versteckter sie sich vollzieht. Eine vorzügliche Hülfe bildet in dieser Hinsicht das jüdische Element, das stets antislawisch gesinnt ist.

Aus Nr. 256 des Goniec Wielkopolski

vom 6. November 1902:

Betrifft die „Praca“ und Herrn M. Biedermann.

Der Erklärung des Herrn Biedermann gegenüber, alle gegen ihn gerichteten Vorwürfe seien theils erdichtet, theils entstellt, haben wir erneut mit unserem Berichterstatter Rücksprache genommen, welcher jedoch bei allen seinen Aussagen bleibt und keinen Vorwurf zurücknimmt. Nach gründlicher Prüfung des Beweismaterials kamen wir zu der Ueberzeugung, daß wir nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sind, den Briefwechsel zu veröffentlichen. Herr Biedermann kann uns persönliche Mißgunst oder Parteilichkeit nicht vorwerfen, wir haben ihn wiederholt in Schutz genommen. Vor allen Dingen traten wir für ihn ein, als es sich um die schlesische Frage handelte, denn wir sahen das Recht auf seiner Seite. Ferner bekämpften wir die Gegner Biedermanns, als sie ihrer Polemik einen persönlichen Charakter beilegen und sich bemühten, nicht nur die „radikale Praca“, sondern Alles, was ihrer Ansicht nach mit politischem Radikalismus in Berührung stand, bloßzulegen. Andererseits nahmen wir keinen Anstand, unsere Gesellschaft auf die negativen Seiten der Praca, namentlich auf deren russenfreundliche Bestrebungen aufmerksam zu machen. Kurz, wir hatten den Verlag der Praca und ihre positiven und relativ negativen Einflüsse im Auge, die Person des Herrn Biedermann ist und war uns, insofern von dieser Seite unserer Gesellschaft keine Gefahr droht, vollständig gleichgiltig.

Nach dieser einleitenden Bemerkung kommen wir auf den erwähnten Briefwechsel zurück, wobei wir ausdrücklich betonen, daß wir ihn in bedeutender Abkürzung und in milderer Form wiedergeben.

Unser Berichterstatter schreibt:

„Die polnische Nationalpresse weist auf die Machenschaften der Russenfreunde hin und brandmarkt deren mit der Nationalwürde nicht in Einklang stehendes Verhalten. Es kommen da mitunter interessante Dinge zum Vorschein. In Galizien z. B. zweifelt bereits Niemand mehr daran, daß eine in einem geistlichen Rock im Lande umherwandernde Person (der Geistliche Stojalowski — Red.) Rubel in ihrer Tasche verschwinden läßt, dafür, wo sie nur kann, namentlich in ihrem Schmutzblatt, Sittenlosigkeit verbreitet und dem Volke das Gift der verderblichen Russenfreundschaft einimpft.“

Auch nach der groß-polnischen Gesellschaft haben die russischen Beamtenkreise ihre Netze und Schlingen ausgeworfen, von der russisch-polnischen Partei des Kraj garnicht erst zu reden. Zwecks Auskundschaftung sind verschiedene, mehr oder minder verdächtige Personen entsendet worden, doch das genügte noch nicht, es wurde beschlossen, einen festen Posten zu gewinnen. Man lenkte ihre Aufmerksamkeit auf die gelezene und in gewisser Hinsicht einflußreiche Wochenschrift Praca. Bereits im Februar begannen die Verhandlungen zwischen den in unmittelbarer Berührung mit dem Kraj stehenden Herren und dem Herausgeber der Praca, Herrn Biedermann. Ein Vertrag kam nicht zu Stande, weil Biedermann zu hohe Ansprüche, man spricht von 175000 Mark, stellte. Es ist nicht leicht, in solchen Fällen ganz sichere Beweise für die Begründung von Einzelheiten privat-finanzieller Natur beizubringen. Jedenfalls ist es, soweit wir unterrichtet sind, zu einem endgiltigen Vertrage zwischen den Anhängern des Kraj und dem Herrn Biedermann nicht gekommen. Ähnliche Ränke wurden auch von einer anderen Seite geschmiedet; theilhaftig dabei waren der Mitarbeiter der Nowoje Wremja, Herr Swatkowski, und eine andere interessante Person, welche wir vorläufig als Herrn D . . . ski bezeichnen. Wir nennen den Namen nicht, um die Aufmerksamkeit der Regierung nicht allzusehr auf gewisse Kreise zu lenken, welchen Herr D . . . ski mit seiner Person keine allzu große Ehre macht. Uebrigens kennt man in den Kreisen, auf welche es uns hauptsächlich ankommt, den Herrn D . . . ski recht gut. Den breiteren Bevölkerungsschichten wollen wir nur so viel sagen, daß er ein Mitarbeiter der Praca ist. Als er sie erwerben und in streng russenfreundlichem Sinne herausgeben wollte, wendete er sich an den Herrn Swatkowski, welcher zu den russischen Regierungskreisen in direkten Beziehungen steht. Welche Rolle bei diesen Ränken Biedermann spielte, kann ich nicht sagen, in dieser Beziehung fehlt mir das Beweismaterial. Auch in diesem Falle verlief die Sache ergebnislos, weil sie, nach Ansicht des Swatkowski, noch nicht reif ist. Herr Swatkowski gab jedoch der Hoffnung Raum, daß der Uebergang der Praca in seine Hände „früher oder später erfolgen werde.“

Eine zeitlang hörte man nichts über die Praca, erst in letzter Zeit wurde die Frage wieder erörtert. Herr Biedermann hat sich endgiltig entschlossen, den Verlag der Praca loszuwerden, ja sogar — doch davon später — das unter der Firma „Orwenski und Langner“ geführte Kommissionsgeschäft aufzugeben. Es werden verschiedene Persönlichkeiten genannt, mit welchen Biedermann angeblich verhandelt, doch es fällt mir schwer, etwas Bestimmtes zu sagen, denn es giebt Augenblicke, in welchen Biedermann, seiner Gewohnheit entgegen, diskret ist. Es lief das Gerücht um,

daß die Praca in die Hände von Personen übergehen solle, welche von russischen Regierungskreisen auf diesen Posten vorgeschoben worden sind. Ob das Gerücht auf Wahrheit beruht, wird die Zukunft zeigen. Herr Biedermann ist in russischen Regierungskreisen ziemlich gut bekannt. Und beruht vielleicht das nicht auf Wahrheit? Kann vielleicht Biedermann die Behauptung ableugnen, daß er in der Dr. Rafowskischen Angelegenheit, welchen er durch seinen Leichtsin in das Gefängniß gebracht hatte, mit dem russischen Konsulate in Beziehungen stand und mit dem Fürsten Uchtomski korrespondierte?

Was kann übrigens Herr Biedermann der nachstehenden Thatsache gegenüber halten: In Berlin wird, oder ist bereits von deutschen und jüdischen Kapitalisten eine Güter-Verkaufs- und Parzellierungsagentur gegründet worden, welche hauptsächlich (oder sogar ausschließlich) in den unter preussischer Herrschaft stehenden polnischen Landestheilen ihre Thätigkeit entwickeln soll. Als Spezialisten in der Vermittelung von Güterverkäufen haben jene Deutschen und Juden Herrn Biedermann zum Direktor dieser Genossenschaft, welche einen rein kaufmännischen, internationalen Charakter haben soll, ausersehen. Das heißt, daß sie Güter von Polen und von Deutschen aufkaufen und an Polen und Deutsche Grund und Boden verkaufen werde. Da nun alle Aktionäre Deutsche sind, wird sie gewissermaßen eine mit der Ansiedelungs-Kommission wettwerbende Anstalt sein. Herr Biedermann trägt sich, wie er selbst erklärte, mit dem Gedanken, den Posten eines Direktors in der deutsch-jüdischen Genossenschaft in Berlin zu übernehmen; was von dem Allem zu halten ist, werden die Redaktion und die Leser des Goniec am besten wissen.“

So wird die Sache von unserem Berichterstatter geschildert. Herr Biedermann stellt alles in Abrede. Wenn er sich durch unseren Artikel benachtheiligt fühlt, wenn er die darin enthaltenen Vorwürfe für eine Verleumdung hält, dann mag er für das Zustandekommen eines bürgerlichen Gerichtes sorgen, welchem wir gerne das Beweismaterial vorlegen wollen. Mit Rücksicht auf die Quelle, welcher unser Briefwechsel entstammt, mit Rücksicht auf die Stellung der hier in Betracht kommenden Personen können wir die Beweisführung nicht öffentlich in der Presse bringen, wir sind jedoch jederzeit bereit, dies Vertrauensmännern, dem bürgerlichen Gerichte gegenüber zu thun. Dies ist der einzige Ausweg. Alle Privatbesprechungen und Bertheuerungen „auf Ehrewort“ in öffentlichen Angelegenheiten werden uns nicht zum Ziele führen.

Hiermit in Verbindung steht offenbar die vom Kurjer gebrachte Nachricht, daß in Kempen eine internationale Parzellierungsbank im Entstehen begriffen sei. Es ist dies zweifellos eine Filiale der Berliner Genossenschaft.

Aus Nr. 481 des Kurjer Poznański
vom 8. November 1902:

Die Agenten der Ansiedelungs-Kommission.

Die Liebe und Anhänglichkeit zum väterlichen Grund und Boden gestattet es der Ansiedelungs-Kommission nicht, so viele Besitzungen aus polnischen Händen auszufahren, wie sie es gerne wünschte. Man nimmt daher seine Zuflucht zu Kunstgriffen und engagiert sogar Polen, denen man hohe Provision zusichert nicht allein für den Ankauf größerer, sondern auch kleinerer polnischer Besitzungen.

Und so treten denn immer wieder neue Kreaturen hervor, welche für Geld ihre Dienste anbieten.

In diesen Tagen erschien einer von diesen Leuten aus Gnesen bei Herrn Plotkowiak in Junikowo. Unter der Versicherung, daß er für sich kaufe, schloß er den Kaufvertrag ab. Alsdann begab er sich zur Ansiedelungs-Kommission und offerierte ihr das Vorwerk des Herrn Plotkowiak. Im angrenzenden Zimmer der Ansiedelungs-Kommission befand sich ein Viehhändler und Freund des Herrn Plotkowiak, der es für seine Pflicht hielt, demselben über die That des Agenten Bericht zu erstatten.

Aus Nr. 258 des Oredownik

vom 8. November 1902:

Polnische Agenten in Diensten der Ansiedelungs-Kommission.

Von einigen Seiten macht man uns unter Namensnennung Mittheilung über Polen, welche als Agenten die Ansiedelungs-Kommission für Geld bedienen. Darum gilt es öffentlich vor ihnen zu warnen. Wir warnen insbesondere die Besitzer mittelgroßer Vorwerke und die Herren häuerlichen Wirthe.

Wir warnen speziell die Herren Wirthe in der näheren und ferneren Umgegend von Posen. Die polnischen Agenten sind umso gefährlicher, als es zum Theil näher nicht bekannte Figuren sind, die sich aber als gute Polen hinstellen, gut zu reden wissen, und die, was das Schlimmste ist, versichern, sie bezahlten baar, während es ganz gewöhnliche Agenten sind, die oft nicht einmal einige eigene Markstücke besitzen.

In der Umgegend von Posen treibt sich ein in gewissen Kreisen wohlbekannter polnischer Agent umher, um ein hübsches Stück Boden polnischen Händen zu entreißen. Derjenige, auf welchen er seine Nehe angestellt hat, hatte von ihm absolut keine Ahnung und er wurde erst durch Andere gewarnt.

Derjelbe polnische Agent, der nichts besaß, kaufte ein schönes Gut nicht weit von Posen von einem Polen, der es ihm deshalb um einige Tausend Mark billiger abließ, weil der Käufer ein Pole ist — und dies Gut wird wahrscheinlich an die Ansiedelungs-Kommission übergehen. Man hat uns alle in dieser Angelegenheit vorhandenen Briefe zugesandt.

Vor polnischen Agenten muß man umso mehr auf der Hut sein, als dies zum Theil schlaue, beredete Leute sind, die sogar ihr Heiligstes veräußern würden, wenn man es ihnen gut bezahlte. Sie ziehen oft andere, ruhige Bürger vor, die sich als Freunde mit gutem Rathe nähern. Und das sind ebensolche Judasgeelen, wie sie selbst; sie leben und werden reich dadurch, daß sie die Ansiedelungs-Kommission bedienen.

Vorsichtig muß man vor ihnen sein, denn sie verdienen viel Geld — sie gehen spornstreichs in den Kauf und haben fast stets Baargeld bereit, um Alles zu bezahlen.

Wenn bei einem Geschäft, und seien auch zwei Agenten daran betheiligt, zusammen 10 000 Mark zu verdienen sind, wie man uns dies in einem Falle verbürgt, so kann man sich vorstellen, wozu ein solcher polnischer Agent greift, um sich einen solchen billigen Verdienst nicht entgehen zu lassen. Die Ansiedelungs-Kommission arbeitet nicht immer unmittelbar mit polnischen Agenten, sondern sie unterhält mit ihnen Beziehungen durch Vermittelung von Juden und Deutschen. Diese strecken den polnischen Agenten das erforderliche Baargeld vor.

Wenn heut Jemand sich den Unseren nähert, um von ihnen Land zu kaufen, und er ist ihnen nicht gut bekannt, dann muß man sich stets die Frage vorlegen, ob das nicht ein von der Ansiedelung vorgeschobener

Agent ist. Dann muß man über solche Leute solange Erkundigungen einziehen, bis man über sie Bestimmtes erfahren hat.

Aus Nr. 256 des Ogródownik
vom 6. November 1902:

Der „Kuryer“ schreibt was folgt:

Das Rittergut Zakowo im Kreise Lissa soll Gräfin Maria Dombbska und Graf Mieczyslaus Dombbski an Herrn Raszewski in Gnesen verkauft haben. Die näheren Einzelheiten dieses Verkaufs sind augenblicklich nicht bekannt.

Obige Mittheilung bedarf der Erläuterung. Man muß fragen, ob Herr Raszewski in Gnesen nicht einer der Agenten ist, von denen andere Leute zu dem Zwecke kaufen, um polnischen Boden der Ansiedelungskommission zu verkaufen. Wenn Herr Raszewski ein einfacher Agent ist, so sollte die polnische Presse für einen solchen Agenten keine Reklame machen. Im Gegentheil, sie sollte das Publikum informieren, daß ein Agent ein polnisches Gut gekauft habe und daß dieser Boden als verloren zu betrachten sei.

Das ist durchaus nöthig, besonders zu einer Zeit, in welcher man in der Presse zu predigen begann, der Boden sei ausschließlich unsere Nährmutter und es gebe irgendwelche geschworene Feinde dieser Nährmutter. Gleichzeitig macht aber die Presse thatsächlich, wenn auch unbewußt für die Agenten Reklame, die als Faktoren beim Verkauf dieses Bodens Geld verdienen.

Aus Nr. 259 des Dziennik Poznański
vom 9. November 1902:

Wie wir aus authentischer Quelle erfahren, ist Saake durch Vermittelung des Herrn Raszewski aus Gnesen in den Besitz des Herrn Alfred von Wensierski aus Breslau übergegangen. Der Verkäufer hat sich bei event. Weiterverkauf der Besitzung das Vorkaufsrecht vorbehalten. In unterrichteten Kreisen wird behauptet, daß dem Gute Saake in nationaler Beziehung trotzdem Gefahr drohe. Wir rathen jedoch, mit Urtheilen zurückzuhalten!

In dieser Angelegenheit gerade erhalten wir nachstehendes Schreiben:

„Die im Kreise Lissa belegene Besitzung Saake hat durch Kauf Herr Alfred von Wensierski und nicht — wie irrthümlich angegeben — Herr Raszewski aus Gnesen erworben.

Ueber den Käufer habe ich nie etwas Nachtheiliges gehört, ich habe daher nicht die geringste Ursache, an seinem biedereren Charakter und an seinen rechtschaffenen Absichten zu zweifeln, das umsomehr, als mir Herr von Wensierski vor Zeugen sein Ehrenwort gegeben hat, daß er die Besitzung für sich kaufe und daß er sie niemals selbst, noch durch eine vorgeschobene Person an die Ansiedelungskommission verkaufen werde.

Alle mit diesem Verkauf verwobenen Kombinationen entbehren daher jedweder Grundlage.

Selbst für den Fall, daß der Käufer wortbrüchig werden sollte, woran ich jedoch — nach dem zu urtheilen, was er mir vor Zeugen gesagt — keine Veranlassung habe, auch nur einen Augenblick zu glauben, habe ich mich auch gefeßlich gegen die Möglichkeit des Uebergehens von Saake in fremde Hände geschützt, indem ich mir, resp. einer durch mich bestimmten Person bei einem Neuverkauf das Vorkaufsrecht ausbedungen habe.

Mieczyslaus von Dombbski.“

Aus Nr. 256 des Wielkopolanin
vom 6. November 1902:

Die Germanisirung in den Zwangs-Erziehungs-Anstalten.

Frau Cichocka aus Jersitz kam in unsere Redaktion und beklagte sich darüber, daß man ihren zehnjährigen Sohn Ignaz nach der Zwangs-Erziehungs-Anstalt in Schubin gebracht habe.

Aus den uns vorgelegten Papieren haben wir uns überzeugt, daß der Sohn der Frau Cichocka ein Taugenichts ist und daß die Eltern nicht im Stande waren, auf die Besserung desselben hinzuwirken trotz der seitens der Schule und der Behörden an sie ergangenen Mahnungen und daß aus diesem Grunde die Ueberführung des Knaben nach der Zwangs-Erziehungs-Anstalt unterm 2. November 1900 angeordnet worden ist.

Ein Zwangserziehungsgesetz existirt, die Ursachen für die Anwendung dieses Gesetzes dem Knaben Ignaz Cichocki gegenüber sind nach dem uns vorgelegten Protokoll ebenfalls gegeben; wir hatten daher anscheinend auch keinen Grund, dagegen Protest zu erheben, denn es ist alles in rechtmäßiger Weise vor sich gegangen.

Und doch ist ein Grund zum Protestiren vorhanden. Frau Cichocka erklärte uns, ihr Sohn habe sich im Verlaufe eines Jahres in der Schubiner Zwangs-Erziehungsanstalt so germanisirt, daß er nicht im Stande sei, sich mit ihr polnisch zu verständigen. Beweis: die an die Mutter gerichteten Briefe sind deutsch geschrieben.

Frau Cichocka versteht fast kein Wort deutsch, ihr Sohn ist vollends germanisirt — es liegt somit die skandalöse Thatsache vor, daß sich die Mutter mit dem Sohne thatsächlich nicht verständigen kann.

Gegen ein solches Verfahren der Zwangs-Erziehungs-Anstalt in Schubin erheben wir feierlichst Protest. Die Zwangs-Erziehungs-Anstalten sind dazu da, um verwahrloste Kinder auf den rechten Weg zu führen, nicht aber dazu, um zwischen der Mutter und dem Kinde ein Kluft zu bilden.

Daß man in der Zwangs-Erziehungs-Anstalt in Schubin so verfährt, wie es das oben angeführte Beispiel lehrt, ist für uns nichts Neues. Auf dieses Verfahren hat schon Herr Adalbert Lubinski aus Klontschin aufmerksam gemacht und im Provinzial-Landtage einen entsprechenden Antrag um Abschaffung des in der Schubiner Zwangserziehung ausgeübten Druckes gestellt.

Der Antrag ist nicht berücksichtigt worden, und das Verfahren wird in jener Anstalt in unveränderter Weise weiter betrieben.

Bisher fehlte es uns an greifbaren Beweisen zur Charakterisirung des Verfahrens der Schubiner Anstalt; das oben angeführte Beispiel liefert uns diesen Beweis in vollem Umfange.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit und die der Abgeordnetenkreise auf jenes Vorkommniß.

Für die polnischen Eltern ist die oben angeführte Thatsache eine abschreckende Warnung.

Eltern, achtet auf die Erziehung eurer Kinder, straft eure Kleinen so hart wie möglich für Bubenstreiche und Spitzbübereien, haltet sie auf dem Wege der Wahrheit und der Tugend, sonst mengt sich die preussische Behörde in die Erziehung, sie nimmt euch das Kind aus dem Hause, übergibt es der Zwangs-Erziehungs-Anstalt, woselbst es der Germanisirung ausgesetzt ist.

Aus Nr. 259 des Wielkopolanin
vom 9. November 1902:

Die Zwangserziehungsanstalt in Schubin.

In dem in der Nr. 256 unserer Zeitung abgedruckten Artikel „die Germanisirung in den Zwangserziehungsanstalten“ geben wir dem Schmerzensschrei der als Mutter benachtheiligten Frau Ciechocka Ausdruck, deren Sohn in die Zwangserziehungsanstalt in Schubin untergebracht worden ist und die darüber klagt, daß ihr Kind in einer für sie unverständlichen Sprache brieflich mit ihr verkehre. — Von einem unserer Geistlichen, dem die Verhältnisse der Schubiner Zwangserziehungsanstalt hinlänglich bekannt sind, erhalten wir in dieser Sache folgende Einzelheiten:

Diese Anstalt ist für Knaben katholischen Bekenntnisses bestimmt, die daselbst in einer Anzahl von 150—180 untergebracht sind. — Es sind das — dem Zahlenverhältniß der deutschen und polnischen Katholiken im Großherzogthum Posen entsprechend — vorwiegend polnische Kinder. Trotzdem ist es diesen Kindern von dem Augenblicke an, mit dem sie die Schwelle der Anstalt überschreiten, nicht gestattet, auch nur ein Wörtchen polnisch zu sprechen. Es geschieht das vornehmlich aus dem Grunde, weil die zwischen den Kindern in der Muttersprache gepflogenen Unterhaltungen sich der Kontrolle der Lehrer und der Aufseher entziehen würden — dieser Vorwand ist jedoch völlig ungerechtfertigt, denn sowohl manche Lehrer wie auch manche Aufseher kennen die polnische Sprache zur Genüge, und selbst wenn es nicht so wäre, wäre es nothwendig, nur solche Beamte an der Anstalt anzustellen, welche des Polnischen mächtig sind. Das in Schubin internirte Kind ist gleich einem Vogel, der vielleicht zu ausgelassen war und den man in das Käfig sperrte; wer aber wollte es diesem Vogel verbieten, sich so bemerkbar zu machen, „wie ihm der Schnabel gewachsen ist“. Dem polnischen Kinde ist es nicht gestattet, die polnische Sprache zu gebrauchen. Das Gebet ist die Unterredung der Seele mit Gott. Das polnische Kind in der Schubiner Anstalt muß die gemeinsamen Morgen- und Abendgebete in deutscher Sprache herjagen, ohne Rücksicht darauf, ob es diese Sprache wenig oder gut beherrscht.

Wenn es in die Anstalt kommt, so muß es — wie ein Papagei — den andern Kindern die Gebete so lange nachsprechen, bis sie Eigenthum seines Gedächtnisses geworden sind; der Religionsunterricht wird allen Kindern ohne Ausnahme in dieser Anstalt nur in deutscher Sprache erteilt und zwar schon in der untersten Klasse der Anstaltsschule.

Als der Religionsunterricht der Breschener Schule die Herzen und Gemüther aller bewegt hatte, haben nicht nur die katholischen Blätter der ganzen Welt, sondern auch manche evangelisch-deutsche Zeitungen das daselbst angewandte System verurtheilt. Als im Posener Provinziallandtage die Verhältnisse der Schubiner Anstalt berührt wurden, sagte unser allseits bekannte Feind, Herr Kennemann aus Klenka, der Schöpfer des H.A.V.-Vereins: „Es wäre unerhört, wenn es wahr sein sollte, daß die Kinder nicht in der Muttersprache beten dürften.“ — Nebenbei bemerkt — wollten Herr Kennemann später dieses leugnen, es that ihm augenscheinlich leid, daß er sich uns gegenüber einen Augenblick von einem so menschlichen Empfinden hat leiten lassen, aber das gelang ihm nicht, es ist ihm bewiesen worden, daß er so und nicht anders gesprochen hat.

Was sollen wir, die wir in Sachen unseres religiösen und nationalen Empfindens so schmerzlich betroffen werden, dazu sagen?

Die achtbare Frau Gadzinska aus Breschen spricht mit ihren Kindern, wenn sie aus der Schule zurückkehren, polnisch, sie betet mit ihnen in der Muttersprache. Den Sohn der in Jersitz wohnenden Frau Ciechocka hat man nach Schubin gebracht; die Zwangserziehungsanstalt ersetzte von jetzt ab dem Kinde die Eltern, und diesen ist es nur dann und wann erlaubt, das Kind zu besuchen und zu sehen. Das Kind schreibt an die Mutter in einer ihr unverständlichen Sprache. Diesem Kinde ist es in der Anstalt nicht gestattet, in der Muttersprache zu sprechen, es muß in der ihm fremden Sprache beten und die Glaubenswahrheiten lernen!

Kein Wunder daher, daß angesichts des gegenüber den polnischen katholischen Kindern in Schubin angewandten Schulsystems diese Anstalt im Vergleich zu der Zwangserziehungsanstalt in Cerekwiec, in welcher evangelische Knaben internirt sind, so traurige Früchte zeitigt, wie dies aus den amtlichen Berichten ersichtlich ist.

Unserer Meinung nach können aus den Jöglingen der Schubiner Anstalt keine Stützen für Altar, Thron und die soziale Ordnung heranzwachsen, wenn diese soziale Ordnung im Namen der Staatsraison sie des heiligsten Gutes beraubt, denn sie nimmt ihnen die Muttersprache, wenn ihnen dieser Altar fremd wird, wenn sie in fremder und nicht in der Muttersprache zum ewigen Thron ihre Gebete senden müssen.

Es ist gut, daß ihr euch dieser Sache unterzogen habt. O, möchte doch der Schrei dieser benachtheiligten Mutter an die Ohren dringen, welche bisher für alle in dieser Angelegenheit gemachten Vorstellungen und Beschwerden taub waren!

Aus Nr. 255 des Dziennik Poznański
vom 5. November 1902:

Unter der Spitzmarke „Apothekerhafatismus“

gibt der Dziennik an, wie die königliche Regierung zu Bromberg den § 31 des neuen Ministerialerlasses betreffend die Apotheken interpretirt hat, und das Blatt knüpft hieran folgende Bitte:

„Es wird um gefällige Meinungsäußerung darüber ersucht, ob der einschlägige Paragraph 31 nicht der Gewerbeordnung zuwiderläuft und ob er damit nicht rechtsungültig ist, ferner ob die Regierung befugt ist, einem Apotheker etwas zu verbieten, was die Bezeichnung der Firma betrifft, was fast jedem anderen Bürger freisteht, z. B. dem Rechtsanwalt und Notar, den Aerzten, Droguisten u. s. w.; weiter, ob die Apotheker nicht befugt sind, ihre alten Drucksachen aufzubrauchen, da auch königliche Staatsbehörden, wie die Regierungen, Gerichtsbehörden und andere, zuerst ihren alten Vorrath an Drucksachen (Eisenbahnбилеты, Postwerthzeichen, Formularen) aufbrauchen, ehe sie den Staat Ausgaben für neue aussetzen.“

Die Kreisärzte im Regierungsbezirk Bromberg sind verpflichtet, unverzüglich jeden Apotheker zwecks empfindlicher Bestrafung anzuzeigen, der sich diesen Auffassungen und Vorschriften der Bromberger Regierung nicht anpaßt.

Aus Nr. 260 des Dziennik Poznański
vom 11. November 1902:

„Maschinenhafatismus.“

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Zimnowoda b. Borek, 7. Novbr.
Geehrte Redaktion!

Ich gestatte mir zu bitten, nachstehender Mittheilung betreffend hafatistische Dreistigkeit in den Spalten des Dziennik Poznański Aufnahme zu gewähren

In der hiesigen Brennerei ist ein neuer Dampfkessel aufgestellt worden, welcher der Revision durch den Ingenieur des ganz privaten sogenannten „Dampfkessel-Überwachungs-Vereins“ unterliegt. Als der Revisor erschien, konnte er nichts vorwerfen. Alles war nach Vorschrift, dessenungeachtet konnte jedoch der Kessel nicht abgenommen werden, da der ihn bedienende Heizer nicht deutsch sprach.

Dazu erhielt ich noch einen Brief aus Posen unterm 27. Oktober, in welchem es wörtlich heißt:

„Bei der am 22. d. Mts. stattgefundenen Abnahme-Prüfung des Kessels Nr. 534 wurde festgestellt, daß der Heizer mit der Wartung des Kessels nicht vertraut ist, weil er der deutschen Sprache nicht mächtig ist.“

Ich bemerke, daß der Heizer schon seit 8 Jahren seine Funktion erfüllt und daß man ihm stets bei jeder Revision bezeugt hat, er verstehe seine ihm obliegende Arbeit wohl.

Am Schluß des Briefes heißt es:

„Wir machen Sie hierbei noch darauf aufmerksam, daß das Abnahme-Attest nicht eher ausghändigt, folglich auch der Kessel früher nicht in Betrieb genommen werden darf, als bis wir von der Anstellung eines neuen Heizers in Kenntniß gesetzt sind.“

Meines Erachtens sollte der Verein für Ingenieure sorgen, welche polnisch sprechen, nicht daß die Heizer unter einander deutsch sprechen. Der Heizer legt Kohlen ins Feuer, und hat das ganze Jahr hindurch keine Gelegenheit, die Kultursprache zu reden.

Mit Achtung

Tyblewski.

Seit Langem ist bemerkt worden, daß der Hatatismus sich in der Krisis befindet, und der obengesehilderte Vorfall bestätigt diese Ansicht.

Er wird wahrscheinlich in der parlamentarischen Enquete einschlägige Berücksichtigung finden.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 257 der Gazeta Toruńska
vom 5. November 1902:

Der „Goniec Wielkopolski“ denunziert.

Der Goniec Wielkopolski, welcher in Posen im Druck und Verlag von Bernhard Wilski und unter der Redaktion von Mieczysław Roszkowicz erscheint, hat in Nr. 253 eine ungeheuerliche Denunziation gegen alle polnischen Blätter im preußischen Landestheil veröffentlicht, welche unberechenbare Folgen nach sich ziehen könnte, wenn sie nicht eine ungeheuerliche Lüge wäre.

In dem erwähnten Artikel dieses Blattes, welches nach dieser That als polnisches nicht gelten kann, steht wörtlich: „Fast alle polnischen Blätter im preußischen Landestheil und in Schlesien standen zum Theil bewußt, zum Theil unbewußt in Diensten der russischen Regierung (sic!) und der polnisch-russischen Partei.“

Weiter: „Da wir die drohende Gefahr sahen, setzten wir Alles daran, um die moskowitzischen Einflüsse zu paralysiren, und wir thaten das mit um so größerer Energie, als sich damals im preußischen Landestheil mit Ausnahme des fernen Dziemił Berlinski kein einziges polnisches Blatt gefunden hat, das sich entschieden gegen die russenfreundliche Bewegung erklärt hätte.“

Nach dieser ungeheuerlichen Denunziation aller polnischen Blätter denunziert der Goniec Wielkopolski direkt den Kurier Poznański und dessen Redakteure mit den Worten:

„Er — der Kurier — „sieht“, wie mit Hilfe der Schwester Rußland das polnische Reich und das ukrainische Reich entstehen. Er „sieht“ die russischen Kanonen das polnische Reich vertheidigen. Er „sieht“ viel, aber seine Gesichte vertraut er zunächst nur den nächsten Bekannten an. Möglich, daß er in nicht ferner Zukunft der Gesamtheit seine genialen strategischen Pläne präsentiren wird.“ (sic!)

Der Goniec begnügt sich jedoch nicht mit einem Opfer, er weist der preußischen Staatsanwaltschaft noch deutlicher ein zweites nach, direkt Vor- und Zunamen nennend. In derselben Nummer theilt er nämlich mit, er habe eine Zuschrift erhalten, wonach Herr M. Biedermann die Praca den Russen verkaufen werde. Er veröffentlicht aber diese Korrespondenz fürs Erste nicht, denn Herr Biedermann habe sich bereit erklärt, in einer besonderen Konferenz ganz spezielle Aufklärungen bezüglich der ihm gemachten Vorwürfe zu bieten.

Im Zusammenhang mit dieser merkwürdigen Erklärung, — merkwürdig erscheint sie uns deshalb, weil Herr M. Biedermann es als angebracht angesehen hat, „Aufklärungen zu bieten“ der Redaktion dieses Blattes auf eine Denunziation hin, deren Zweck ersichtlich ist — finden wir in der letzten Nummer der Praca in einer außerordentlichen Beigabe eine entschiedene Erklärung des Herrn B., deren Schlußpaßus folgenden Wortlaut hat:

„Ich erkläre hiermit, daß ich mit keinem Vertreter der russischen Volksgesamtheit jemals verhandelt habe. Auch hat man mir russischerseits nicht den Vorschlag gemacht, die Praca zu kaufen, und ferner habe ich mein Blatt einem „Russen“ nicht angeboten. Ich kenne auch niemanden, der betreffs des Verkaufs der Praca zwischen mir und „Russen“ vermittelt hätte. Ich habe mein Blatt niemals in den Dienst politischer Parteien gestellt. Als Verleumdung ist also schon die Annahme anzusehen, daß ich das Blatt je in fremde Hände geben würde. Der Korrespondent des Slovo Polskie ist ein Mann, welcher bewußt die Unwahrheit redet, oder ein Verrückter.“

Martin Biedermann.

Die Denunziation des Goniec Wielkopolski ist in der Geschichte des polnischen Journalismus etwas noch nicht Dagewesenes; man kann sie sogar nicht mit dem Worte „Skandal“ bezeichnen, denn dieser Ausdruck bezeichnet die Sache nicht genau.

Am traurigsten bei dieser ganzen Sache ist das Schweigen der Posener Presse, welche aus uns ganz unbegreiflichen Gründen nicht solidarisch gegen den Goniec Wielkopolski aufgetreten ist, obgleich ihr bekannt sein muß, was man in Posen öffentlich sprach und spricht von dem Goniec Wielkopolski und von dessen nach der Weichener Affaire gebrachten Artikeln.

Die Denunziation des Goniec ist zwar grundlos und eine Erdichtung, welche von großer Naivität zeugt, auch wird ihr niemand auf den Leim gehen; jedoch die Beweggründe sowie das niedrige Kampfmittel der sich hier versteckt haltenden, der polnischen Sache feindlichen Faktoren fordern durchaus, daß sie an den Pranger der öffentlichen Meinung gestellt werde.

Für unsere Volksgesamtheit, die in so beklagenswerthen Verhältnissen und in beständiger Besorgniß davor lebt, was der morgige Tag bringen werde, ist dieser Reford des allpolnischen Organs etwas überaus Deprimirendes und zugleich Schrecken Erregendes.

Aus Nr. 258 der Gazeta Toruńska
vom 6. November 1902:

Polnische Blätter im preussischen Landestheil in Diensten einer ausländischen Regierung. Die Denunziation des „Goniec Wielkopolski“.

Der Artikel des Goniec Wielkopolski, welcher die falsche Denunziation gegen die polnischen Blätter im preussischen Landestheil und gegen die gesammte, sich mit ihrer Presse solidarischende polnische Volksversammlung enthält, muß schließlich allen Vorurtheilsfreien die Augen öffnen betreffs der Maulwurfsarbeit der unserer Sache feindlichen Elemente. Vor allem müssen die Stimmen verstummen, welche die sich unter der Bezeichnung „allpolnische Partei“ verbergenden Leute als eine Bagatelle behandeln und deren Thätigkeit als Ausfluß der Naivität oder als das Produkt unreifer Geister ansehen. Das darf fernerhin nicht geschehen. In dieser Arbeit liegt nämlich System, welches aufs beredteste von dem Raffinement von Leuten Zeugniß ablegt, die der polnischen Allgemeinheit unbekannt sind, und die ihnen zu Diensten stehende Presse leiten. Daß ein solches System vorliegt, beweist die Zusammenstellung nachstehender überaus bedeutsamer Thatsachen.

Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß den deutschen Polenpressern daran gelegen war, daß die russische Regierung und die russische Volksversammlung in neuen Polenverfolgungen hervortrete. Im Besitz eines Gehilfen und Genossen, wie die russische Regierung, hätten sie um so nachdrücklicher gefordert, daß bei uns ihre abenteuerlichen Einfälle der Bedrückung des polnischen Elements erfüllt würden. Es entstand also die Frage, auf welche Weise die russische Regierung zu bewegen wäre, die Polen zu verfolgen? Dafür gab es ein Mittel: es mußte der russischen Regierung der Beweis erbracht werden, daß die Polen in Rußland nach der offenen Revolution strebten, daß sie den Haß gegen die russische Regierung und Nation schürten, mit einem Worte, daß sie für Rußland ebenso gefährlich seien, als für Deutschland.

Und nun geschah ein Wunder!

In dem Augenblick, in welchem unsere Volksversammlung unter dem Eindruck des Breschener Prozesses stand, erschienen im Goniec Wielkopolski Artikel, in welchen wüthend über Rußland hergefallen wird. In dem Augenblick, in welchem bei uns im preussischen Landestheil und in ganz Polen unser ganzes Sein die Breschener Affaire erfüllte, spürte plötzlich das Posener Blatt das Bedürfnis, seine Entrüstung und seinen Haß . . . den Russen gegenüber zu äußern!

Schon die Thatsache, daß gerade in diesem Augenblick in den allpolnischen Blättern Artikel gegen Rußland erschienen, fiel Jedermann auf als unnatürliche Erscheinung, und die Meinung war allgemein verbreitet, daß man die Quelle dieser Artikel nicht in dem Empfinden aufrichtig polnisch gesinnter polnischer Schriftsteller zu suchen habe, daß sie Nichtpolen geschrieben hätten.

In den gegen Rußland gerichteten Artikeln zeichnete sich durch besondere Verbissenheit der damalige Dziennik Berlinski aus. In der Polemik mit unserer Zeitung erklärte dies Blatt offen, daß es Juden als Mitarbeiter habe. In frischem Andenken ist auch die nach den Breschener Vorgängen gegen das russische Konsulat in Lemberg gerichtete bekannte Demonstration. Wer Lemberg und den Einfluß der dortigen jüdischen Sozialisten auf den Straßenpöbel kennt, der konnte sofort die „Redakteure“ jener Demonstration in Lemberg und ihre jüdische Verwandtschaft mit den Redakteuren des Berliner und des Posener allpolnischen Organs errathen.

Als die russische Presse durch die vorzüglichen Artikel Nestors in der Nowoje Wremja über die thatsächliche Bedeutung der Agitation der allpolnischen Organe und über den Verdacht unterrichtet worden war, der in der polnischen Volksversammlung anlässlich der Artikel des Goniec, des Dziennik Berl. und des Przeglond Wzeczpolski erwacht war, da erfuhren die versteckten Agenten, daß die russische Regierung auf diese Artikel nicht reagiren werde. Die Agenten verzichteten also auf polnische Zeitungsartikel — sie wollten dafür in Lemberg einen „allpolnischen Kongreß“ veranstalten.

Der Kongreß sollte wahrscheinlich eine größere Autorität repräsentiren, als ein Artikel des Blättchens, das in einer Posener Vorstadt erscheint. Dieser Kongreß sollte ein Trumpf sein, den man ausspielen wollte, um Rußland betreffs einer thatsächlichen polnischen Gefahr zu überzeugen. Wie vorzüglich die preussische Kölnische Zeitung über die Vorbereitungen zu dem Kongreß unterrichtet war, welche Hoffnungen sie an ihn knüpfte, indem sie ganz Europa im Voraus damit alarmirte, davon haben wir i. Z. Mittheilung gemacht. Es zeigte sich auch, daß ein aus Galizien gebürtiger Wiener Jude die Rolle des Informators gespielt hatte.

Dank dem Protest der Posener Presse und dem Takt der galizischen Polen täuschte dieser Kongreß völlig die Hoffnungen der Polenpresser und er kam nicht zu Stande.

Nunmehr griff man zu noch einem Mittel.

In dem in Krakau erscheinenden Polak, einem allpolnischen Organ, druckte man einen Artikel ab, welcher die patriotischen Empfindungen der Russen aufs Empfindlichste verletzte. Man druckte ihn in einer ungeheuren Zahl von Exemplaren ab und schmuggelte ihn über die preussische Grenze nach Kongreßpolen. Es kommen jedoch merkwürdige Dinge vor! Die ganze Sendung fiel „durch Zufall“ in die Hände der russischen Beamten. Auf diese Weise gelangte jene Nummer mit dem speziell gegen Rußland gerichteten Artikel zur Kenntniß der russischen Regierung.

Die Mittheilung über die Beschlagnahme gelangte sofort zur Kenntniß der deutschen und der allpolnischen Blätter. Aber auch hier traf der erhoffte Effekt nicht ein. Die Arrangeure der Provokation wurden also in ihrer Hoffnung auf die Artikel der großpolnischen Zeitungen, auf die Beschlüsse des allpolnischen Kongresses und auf das Hinüberschmuggeln des Polak getäuscht; denn Rußland durchschaute sie, und die russische Regierung weiß durch ihre Agenten vielleicht besser als wir, wer dahinter steckt.

Und hier endet die erste Periode der Agenten, welche sich hinter den allpolnischen Blättern verstecken. Das denunziatorische Auftreten des Goniec gegenüber den polnischen Blättern und gegenüber der polnischen Gesamtheit, das wir in der gestrigen Nummer gebrandmarkt haben, kennzeichnet eine neue Taktik. Es halfen nichts die Denunziationen vor der russischen Regierung — so spekulierte man — vielleicht hilft das Denunziren bei der deutschen Regierung. Die Artikel, mittelst deren man die russische Regierung provoziren wollte, verfehlten ihren Zweck, denn Rußland wollte an Zettelungen der Polen in Kongreßpolen nicht glauben — dann wirkt vielleicht das Denunziren der preussischen Polen und der Presse derselben.

Ein polnisches Blatt, früheres Eigenthum des unvergeßlichen Niegolewski und des Dr. Rzepecki, der hervorragendsten Männer, welche unsere Volksversammlung befaß, veröffentlichte eine scheußliche Denunziation.

Das Urtheil über den Goniec Wielkopolski überlassen wir der polnischen öffentlichen Meinung. Wir bemerken nur, daß selbst die verbissensten polenpresse-

rischen Blätter die Denunziation des Goniec mit verächtlichem Schweigen abgethan haben, indem sie sich wahrscheinlich schämten, die ungeheuerliche Lüge wiederzugeben. Nur der Goniec Wielkopolski hat sich zu einer so erbärmlichen That aufgeschwungen.

Da auch wir zu den polnischen Blättern gehören, hat auch uns der Goniec Wielkopolski vorgeworfen, wir ständen in Diensten der russischen Regierung. Wir fordern das Blatt daher auf, diese Behauptung sofort zu beweisen.

Aus Nr. 134 der Gazeta Gdańska

vom 8. November 1902:

Zu dem Projekt des Herrn v. Mysielski-Kobylepole

betreffend die Bildung eines Hauptorganisationskomitees (Siehe vorige Nummer des Gesamtüberblicks) meint die Gazeta Gdańska:

„Wir halten das Prinzip für verfehlt. Es steckt jedoch ein gesunder Gedanke darin, den wir am Schluß unserer Ausführungen hervorheben wollen.

Herr v. M. sagt, er träume von diesem Komitee. Wäre dies Projekt wirklich angebracht, so würde er auf seine Verwirklichung rechnen.

Die Gesamtheit der öffentlichen Angelegenheiten kann nur eine Art Regierung mit einer Art Landtag bieten. Auch dieser Gedanke blickt in dem Projekt durch, denn es heißt dort, es sollten, damit die Organisation nicht zur Diktatur ausarte, von Zeit zu Zeit Delegirte der Volksgesamtheit mit dem Komitee berathen.

Es soll auch Kreistage geben! Alles das sind Klänge aus der Vergangenheit! Tradition — Wahn! Das soziale Gebäude haben wir erst ein wenig über die Fundamente hinaus aufgeführt. Obiges Projekt ist das Dach, und bis zum Dache ist es noch weit!

Wer helfen will, der muß sich dem gegenwärtigen Stande des Baues anpassen, wie letzteren unsere Loose unter preussischem Szepter geschaffen haben, obgleich das Gebäude einen klassischen Styl nicht hat. Frische Ziegel gilt es zu legen auf das, was vorhanden ist, auch müssen die Lücken und Mängel zwischen den bereits eingemauerten Ziegeln ausgefüllt werden.

Es fehlt uns also nicht jenes Hauptkomitee, sondern es fehlt uns vielmehr ein Zentralbureau für politische Angelegenheiten, ein Rechtsbureau für nationale Rechtsangelegenheiten und ein Preßbureau. Diese Bureaus thun ungeheuer noth.

Das politische Zentralbureau würde das Material für die Abgeordneten vorbereiten.

Das Bureau für die nationalen Rechtsangelegenheiten würde die Vertheidigung der Nation heben durch Vertheidigung in zahlreichen einzelnen Fällen, und es würde allen unsern Brüdern Selbstbewußtsein sowie Kraft des Willens und der Ueberzeugung einflößen.

Das Preßbureau böte uns Mittheilungen und Hilfe in Tausenden von Fällen und von Tag zu Tag.

Aus der Tiefe unseres Ungemachs und zugleich entsprechend dem heutigen Stande unseres sozialen Gebäudes werden Stimmen laut, welche diese drei Bureaus als heut empfundene Nothwendigkeit fordern. Wenn wir diese drei Bureaus haben werden, wird der Bau rasch vorwärts schreiten. Schaffen wir ihn während des kommenden Winters. Da Kälte und Raß während des Winters ruhen, wird der geistige Bau rascher vorwärts schreiten.

Vorüber würde jenes Hauptkomitee berathen, da wir doch nach keiner Hinsicht Material gesammelt und bearbeitet haben? Man würde über alles Mögliche berathen, aber ohne bestimmte Grundlagen, ohne That-

sachen und ohne die Möglichkeit, die Richtigkeit festzustellen oder um Hilfe zu rufen. Denn an wen wollte man sich um Hilfe wenden? Man würde nur an die Zeitungen schreiben, ebenso wie es jetzt geschieht.

Aber wenngleich wir das Projekt als unzeitgemäß und nur als ein solches ansehen, daß man in ihm mit einem Gedanken spielt, wie mit einem trügerischen Phantom, so bringt es unfres Erachtens doch einen gefunden Gedanken zum Ausdruck: die Nothwendigkeit dessen, daß verständige, gute Leute zwecks Berathung zusammen kommen. Das ist eine Wahrheit, welche die Volksgesamtheit zum Theil schon begriffen hat. Solche Zusammenkünfte von gut, und nach Möglichkeit aus allen Parteilagern ausgewählten Leuten würden uns sehr von Nutzen sein. Es sind damit Anfänge gemacht worden in verschiedenen Gestalten und Gegenden, aber die guten Absichten fanden bald ihr Ende aus Anlaß unseres alten Fehlers, der Nachlässigkeit, und auch deshalb, weil es den einschlägigen Personen an freier Zeit fehlte.

Für das Mysielski'sche Projekt werden wahrscheinlich Beiträge nicht zusammenfließen; denn sie sind bei uns nur mit Mühe und nur da zu bekommen, wo es sich um Angelegenheiten handelt, die sich aus unserer Alltagsarbeit und aus der nächsten Nothwendigkeit ergeben.

Wenn wir, in solcher Arbeit fortschreitend, werden eine Schaar von Leuten nachweisen können, die in der Arbeit erprobt sind, auf welche man sich ebenso verlassen kann, wie die Regierung auf ihre Beamten, dann werden auch aus dem Verborgenen ans Tageslicht kommen jene Millionen unserer Magnaten, deren Herr v. Mysielski erwähnt. Vorher können sie nicht hervortreten.

Aus Nr. 133 der Gazeta Grudziadzka

vom 6. November 1902:

Mit den polnischen Redakteuren

geht man in letzter Zeit in Preußen so um, daß es geradezu hierfür an einer milderen Bezeichnung fehlt.

Den Redakteur des Gornoslonsat, Herrn Stefan Hoffmann, führte man vom Bahnhofe nach dem Bentheimer Gefängniß in Ketten zusammengeschlossen mit einem Verbrecher, der Aussichten auf einige Jahre Zuchthaus hatte. Auf die von Herrn Hoffmann erhobenen Vorstellungen hin erwiderte der Gefängnißaufseher, er, H., werde noch öfter mit den Ketten Bekanntschaft machen.

Einen zweiten Redakteur desselben Blattes, Herrn Korfanty, schaffte man, obgleich er Geld genug bei sich hatte, nicht mittelst einer Drosche fort, sondern man führte ihn durch die Straßen Posen's nach dem Bahnhofe. In Wronke wollte man Herrn Korfanty gleichfalls mit Ketten schließen, aber schließlich nahm man davon Abstand und führte ihn zu Fuß in Gemeinschaft mit Verbrechern in das dortige Gefängniß.

Die Redakteure der Gazeta Grudziadzka, die Herren Rozanowicz und Sobiechowski, hat man im Graudenz'er Gefängniß in einer Weise behandelt, daß wir wiederholt Beschwerde führen mußten; doch hat das natürlich wahrscheinlich keinen Erfolg gehabt. Man ging mit ihnen in gewissem Sinne schlimmer um, als mit einem gewissen, zu 3½ Jahren verurtheilten Betrüger und Unterschlager.

In der vorigen Woche beantragte der Graudenz'er Erste Staatsanwalt gegen unseren Redakteur Herrn Piechowski, obgleich derselbe zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt war und eine Strafe von der gleichen Höhe schon einmal ohne Widerstand verbüßt hatte, sofortige Verhaftung. Hätte der Gerichtshof nach dem Antrag des Herrn Staatsanwalts entschieden, so wäre unserem

Verurtheilten nichts Anderes übrig geblieben, als die Strafe anzunehmen. Hätte er nämlich Revision angemeldet, so hätte er sich in jedem Falle dem ausgesetzt, einige Monate zwecklos im Gefängniß zuzubringen, bis die Sache vom Reichsgericht entschieden worden wäre. Hätte das Reichsgericht die Revision berücksichtigt, so hätte man ihn freigelassen; hätte das Reichsgericht jedoch die Revision zurückgewiesen, so hätte er erst dann beginnen müssen, seine tatsächliche Strafe zu verbüßen. So wie so hätte er demnach einige Monate zwecklos verbüßt.

Unser Redakteur Herr Rozanowicz ist eben auf diese Weise der Möglichkeit beraubt worden, gegen das Urtheil, auf Grund dessen er mit einem Jahre Gefängniß belegt wurde, Revision anzumelden.

So geht man also in Preußen mit polnischen Redakteuren um! Und welche Absicht verfolgt man damit? Das ist wohl Jedem klar. Zunächst handelt es sich wohl darum, jeden gebildeten Polen von dem Redakteurberuf zurückzuschrecken. Und ferner handelt es sich wahrscheinlich auch darum, in den Augen der Bevölkerung einen polnischen Redakteur als einen Menschen hinzustellen, welcher Verbrechern gleichkommt, überhaupt als einen sehr gefährlichen Menschen.

Nun, die eine Rechnung sowohl wie die andere verfehlt ihr Ziel vollständig. Zunächst wird es den polnischen Zeitungen niemals an Redakteuren fehlen, die ihre dornenvolle Aufgabe ohne Zaudern aufnehmen werden, da sie wissen, daß ihre Namen nicht in Vergessenheit gerathen, sondern rühmlich in das Märtyrerbuch der polnischen Nation werden eingezeichnet werden. Es wird an polnischen Redakteuren nicht mangeln, selbst wenn über uns solche Verfolgungen hereinbrechen sollten, wie sie in Rom zu Nero's Zeiten stattfanden, und selbst wenn in Preußen ein Gesetz zur Einführung gelangte, welches das Aussprechen der Wahrheit mit dem Tode belegt!

Und was den Ruf und die Bedeutung anbetrifft, so wird das polnische Volk die polnischen Redakteure um so heißer lieben und um so mehr achten, je länger sie im preussischen Gefängniß zugebracht haben, je ärger man mit ihnen dort umgegangen ist.

Das polnische Volk weiß, daß in den preussischen Gefängnissen gottselige Bischöfe und Kapläne gefesselt haben, und daß sie, indem sie dort unschuldig für den Glauben litten, sich Lohn bei dem höchsten Richter im Himmel verdient haben.

Einem polnischen Redakteur thut es also in den Augen des polnischen Volkes keinen Abbruch, selbst wenn man ihn mit der höchsten Gefängnißstrafe belegte, selbst wenn man mit ihm umginge, wie mit einem gewöhnlichen Verbrecher, selbst wenn man ihn in Ketten schmiedete, — im Gegentheil Liebe und Achtung wird es ihm einbringen, denn dieses Leiden stellt ihn auf eine Stufe mit jenen gottseligen Kaplänen, den Märtyrern zu Kulturkampfzeiten.

Das Verfahren mit den polnischen Redakteuren, das jetzt Mode ist, wird also vollkommen den beabsichtigten Zweck verfehlen, dafür wird es die unerwünschte Folge haben, daß sich der ganzen Welt allmählich die Augen öffnen werden betreffs der in Preußen herrschenden Verhältnisse.

Aus Nr. 135 der Gazeta Grudziadzka

vom 11. November 1902:

Noch eine Aeußerung.

die der Erste Staatsanwalt Herr Hagemann in dem Prozeß gegen Herrn Piechowski gethan hat, müssen wir streifen. Der Herr Staatsanwalt hat u. A. gesagt, der Angeklagte sei heute sehr ruhig. Vorher hatte er Herrn Piechowski als einen sehr gefährlichen Menschen

hingestellt. Anders — so sprach der Herr Staatsanwalt — verhielt sich Herr Rozanowicz, was er jedoch jetzt am eigenen Fell verspüre. Diese Worte haben wir so aufgefaßt, daß Herr Rozanowicz keine so strenge Strafe erhalten haben würde, wenn er dem Gericht nicht so dreist gegenüber getreten wäre. Wir können diese Auffassung des Herrn Staatsanwalts nicht verstehen, denn Herr Rozanowicz ist zu jenen 12 Monaten einzig wegen angeblicher Beleidigung des Domherrn Kunert, und nicht auch wegen seines dreisten Auftretens vor Gericht verurtheilt worden.

Es fiel auch auf, daß der Herr Staatsanwalt den Antrag stellte, daß der Artikel und das Erkenntniß betreffend den Kriegerverein in Bruch verlesen würden, wofür Herr Piechowski s. Z. von der Strafkammer in Danzig zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden war. Gleich im ersten Termin, der zwecks Vorladung der von Herrn Piechowski gestellten Zeugen verlagert werden mußte, bemerkte der Herr Staatsanwalt: „Ah, das ist der Nachfolger von Rozanowicz!“ Derjenige, welcher die Graudenzer Verhältnisse kennt wird uns schwer errathen, um was es sich dem Herrn Staatsanwalt handelte.

Aus Nr. 133 der Gazeta Grudziadzka

vom 6. November 1902:

Das geht doch schon etwas zu weit!

Unausgesetzt hören wir, daß in Preußen wir Katholiken vorgeblich die gleichen Rechte haben wie die Lutheraner. Wer jedoch nicht ganz blind ist, der muß sehen, daß wir Katholiken in Preußen nicht gleichberechtigt sind.

Nicht genug damit, daß die verschiedenen nicht-amtlichen Blätter bei jeder Gelegenheit über unsere hl. Kirche herfallen, beleidigt man sogar in amtlichen Blättern unsere katholischen Empfindungen in frecher Weise.

So hat man neuerdings im Kreisblatt für den Kreis Schwetz aus Anlaß des Jahrestages des Abfalls Luthers — dieser Jahrestag fällt auf den 31. Oktober — Dinge folgender Art geschrieben:

„Vor uns erhebt sich das Bild des einfachen deutschen Mönchs (Martin Luthers), dessen Schläge die Siebenhügelburg am Tiber (d. h. die katholische Kirche Ned.) bewegten und die für ewige Zeiten errichteten Grundfesten des Vatikans (der Hauptstadt des hl. Waters. Ned.) erschütterten. Als Mensch unter Menschen (was das heißen soll, ist schwer zu fassen. Ned.) fand er den Muth zu seiner That, welche nicht nur die Kirche(?), sondern auch die ganze Welt aus der Nacht der Finsterniß des Unglaubens befreite, die versunken war in falschen Lehren sowie in fast noch ärgeren Aberglauben!“

Das ist doch sehr deutlich! Denn hier muß doch ungeachtet mancher unverständlicher und dummer Schwärmereien jedermann das Eine verstehen, daß im Schwetzer Kreisblatt, daß viele Katholiken lesen müssen, unser heiliger römisch-katholischer Glaube Unglaube und Aberglaube genannt worden ist.

Wir kennen schon im Voraus die Aufklärungen, welche die Minister in Bereitschaft haben werden zur Erklärung dieses Vorgangs: daß nämlich der Herr Landrath von Schwetz nicht daran schuld sei und daß er nicht im Voraus wissen könne, was man im nicht-amtlichen Theile des Kreisblatts schreiben werde.

Das Alles ist sehr schön. Wir geben hier keineswegs dem Herrn Landrath in Schwetz die Schuld, denn wir hoffen, daß auch er diesen im Kreisblatt verübten frechen Angriff auf die kath. Kirche verurtheilt. Das wird er jedoch nicht bestreiten, daß der Heraus-

geber des Kreisblatts es niemals wagen würde, solche Frechheiten in dem nichtamtlichen Theile des amtlichen Kreisblatts zu veröffentlichen, wenn man ihm ein für allemal alle Angriffe auf die Katholiken verböte.

Aber auf diesen Einfall ist augenscheinlich noch niemand gekommen, denn die katholische Bevölkerung ist unterwürfig und erträgt Alles geduldig.

Holla, so geht es nicht weiter!

Unsere Abgeordneten müssen bei der nächsten Gelegenheit in dieser Sache mit dem Herrn Minister v. Hammerstein sprechen, und zwar so deutlich, daß der Herr Minister dokumentarisch wisse, es gehe nicht so weiter.

Was uns betrifft, so werden wir hier jene lutherischen oder freimaurerischen Frechheiten aus dem Schweizer Kreisblatt nicht wiederlegen; das Eine wollen wir hier nur sagen, daß es schon die höchste Zeit ist, daß unser Volk die Person Martin Luthers und seine Lehren genau kennen lerne. Darum wird die Gaz. Grud. in Kurzem daran zu arbeiten beginnen, daß in einer so wichtigen Sache jedes Kind wisse, was es wissen muß.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 261 des Górnosłazak
vom 9. November 1902:

Die Geistlichen gegen Geistliche in der polnischen Angelegenheit.

Wir haben in Schlesien verschiedene Geistliche, die, wie die alten Juden zur Zeit des Moses und des Aaron, sich ein goldenes Kalb ansehn lassen und vor ihm Kniefälle machen anstatt der Gerechtigkeit und Wahrheit zu dienen. Wer zum Vortheil der Germanisierung des polnischen Volkes wirkt, der hat in der germanisatorischen Anstrengung das goldene Kalb gesehen, nicht daran denkend, daß jeder Mensch verpflichtet ist, das Reich Gottes zu verbreiten, welches in Gerechtigkeit und Friede besteht, wie der heilige Paulus gesagt hat; derjenige stiftet Unfrieden im Reiche Gottes, der für die Ungerechtigkeit arbeitet, und zu solchen Leuten gehören leider auch manche Geistliche.

Zum Glück giebt es aber andererseits auch noch solche Geistliche, die auf der Höhe der Gerechtigkeit und der eines wahrhaften Kaplans stehen. Aus ihren Worten müssen wir in unserem schweren und mühseligen Kampfe Vortheile ziehen, denn sie sind nur ein Blitzstrahl durch die geschwängerte Atmosphäre, die durch die neuen germanisatorischen Bestrebungen der weltlichen Behörden und ihrer Diener verursacht wird.

Einer der allerschlimmsten Germanisatoren-Geistlichen ist der Geistliche Lissel aus Groß-Eheln, der nicht nur den polnischen Zeitungen, sondern auch den gerechten Geistlichen Ehre und Glauben abspricht. Es haben sich gegen ihn mehrere Geistliche in der „Oberschlesischen Zeitung“ gewendet, aus welchen Erwägungen wir die wichtigste Behauptung zur allgemeinen Beurtheilung hier folgen lassen.

Diese Geistlichen schreiben in der genannten Zeitung, daß der Geistliche Lissel die Kanzel nicht für germanisatorische Ziele benutzt hätte und daß er dort nicht gegen die polnischen Zeitungen und diejenigen Geistlichen, die über die Kriegervereine und die Benutzung der Kanzel anders denken wie er, hervorgetreten wäre, wenn er auf die Verfügung des bischöflichen General-Vikariats vom 15. März 1902 geachtet hätte.

Um zu beweisen, welchen Standpunkt der Herr Kardinal und die katholische Geistlichkeit in dieser Angelegenheit einnehmen, lassen wir die Verfügung wörtlich folgen:

(Es folgt der Runderlaß vom 15. März 1902).

So lautet die Verfügung der Kirchenbehörde. Diese Bestimmungen gelten nicht nur für die Kanzel, sondern gewiß auch in demselben Maße hinsichtlich der für die Zeitungen von den Geistlichen geschriebenen Artikel, namentlich, um nicht auch andere Geistliche in den Streit zu verwickeln, damit die katholischen Geistlichen mit allen Parochianen, den Deutschen und Polen, in Frieden leben, sich jeden ungewünschten Einflusses oder der Ausstreunung von Verdächtigungen gegen einzelne Personen oder gegen Vereine enthalten und ohne Rücksicht auf die habsburgischen Belobigungen oder Tadel immer nur für das Wohl der Seelen arbeiten. Zur Erlangung dieses Zieles können die Vereine viel beitragen und die im Volke im christlichen Sinne bestehende Aufklärung nach Möglichkeit fördern; aber natürlich nur, wenn dabei wie es sich gehört, die Muttersprache berücksichtigt wird.

Deshalb ist es vom christlichen Standpunkte aus eine unverständliche Sache, wie der Geistliche Lissel von der Volks-Aufklärung und der Sprache des größten Theiles seiner Parochianen in einer solchen verächtlichen Weise reden kann. In Eheln und gewiß in ganz Oberschlesien ist ein dankbares Feld der Thätigkeit, um katholische Zeitungen und Bücher in deutscher und polnischer Sprache zu verbreiten und die durch die Bischöfe und Volksversammlungen empfohlenen Vereine zu unterstützen, die überall der katholischen Sache dienen. Zu diesen Vereinen gehören keineswegs die Kriegervereine, die, von anderer Seite hinreichend unterstützt, häufig in den Diensten unserer kirchlichen und politischen Gegner stehen und dem Geistlichen, insbesondere wenn er sie unterstützt, viele Unannehmlichkeiten bereiten.

So schreiben Geistliche über Geistliche; mögen unsere Leser sich das merken!

Aus Nr. 262 des Górnosłazak
vom 11. November 1902:

Marie Konopnicka zu den Oberschlesiern.

Unsere Volksdichterin, Fräulein Marie Konopnicka, deren Silber-Jubiläum als Dichterin vor kurzer Zeit das ganze Volk feierte, sandte an einen unserer Anhänger einen Brief an das Oberschlesische Volk.

O, möchten die anregenden Worte unserer großen Dichterin die allerreichsten Früchte bringen und gleichzeitig ein neues Band unter uns sein, die wir schon lange von dem mütterlichen Stamme und unserem Vaterlande abgefallen sind. O, möchten sich doch die Wünsche der ehrwürdigen Jubilarin so schnell wie möglich verwirklichen. Der Brief lautet:

Lemberg, den 1. November 1902.

Lieber Bruder Oberschlesier St. Sz.!

Mit Rührung und Zufriedenheit lese ich Ihre Worte. So ist es wie sie schreiben: Auch Sie sind ein Sohn unseres großen und theuren Vaterlandes! Auch in Ihren Adern fließt dasselbe polnische Blut! Auch Ihre Sprache ist dieselbe, die in Krakau und Warschau gesprochen wird; dieselbe Sprache, in der die Pilger auf der Jasna Góra beten und in der unsere frühesten Vorfahren seit ewigen Zeiten zu Gott und Menschen, zu ihren Brüdern und der ganzen Welt gesprochen haben.

Daß Sie dies wissen und empfinden ist eine große Zufriedenheit für die gütige Mutter Polens; aber wenn Sie sagen, daß Ihr Herz dieselbe Güte und dasselbe Verlangen empfindet wie unser Volk, so ist das nicht nur Zufriedenheit, sondern Kraft und Erquickung, sowie eine Hoffnung für diese Nation.

In Krakau habe ich Ihre Oberschlesischen Brüder gesehen und mit ihnen gesprochen. Es war dies eine süße Sprache, von Schmerz und Freud zu gleichen Theilen voll. Denn wir sind aus Gegenden zusammen gekommen, die sich seit langer Zeit unbekannt waren. Aber sie waren sich nicht nur unbekannt, sondern fast fremd. Es ist daher der Theil unseres Lebens, den wir von einander gesondert verlebt haben, traurig zu nennen, doch besteht nun Freude, daß wir uns wieder deshalb gefunden haben, um uns als Kinder einer Mutter zu fühlen und zu bekennen.

Die Krakauer Gedenktage, das waren Festtage der Nation. Es haben sich die Zerstreuten besucht, die Auseinanderlebenden zusammengefunden und es haben sich diejenigen kennen gelernt, die sich nur dem Namen nach oder aus der Erzählung kannten.

Der ganze lechitische Stamm brachte den einen gemeinsamen Ruf aus: „Die ganze Nation fühlt sich als ein ungetheiltes Ganzes.“ Die Herzen wurden gekräftigt und erhielten Ausdauer für den ermüdenden Weg, den wir zur Erlangung einer besseren Zukunft wandeln. In unseren Seelen ist ein helles Licht des Glaubens an diese Zukunft entflammt; bei diesem Licht haben wir deutlich gesehen: Welches ist unser Ziel, was ist unsere Pflicht, wie ist unser Weg.

Unser Weg ist hart und mühselig, das ist wahr, aber wenn diesen Weg die ganze Nation gleichzeitig gehen wird, so wird von den überflüssigen Schwierigkeiten Niemand etwas merken, denn der Bruder wird dem Bruder Hilfe leisten und ihn ermuntern.

Unser Ziel — das ist das Glück unseres theuren Vaterlandes: das ist sein Leben, . . seine Wiedergeburt.

Unsere Pflicht — ist es, alltätlich und ausdauernd an dieses große Ziel zu denken. Möge in jedem Hause in Oberschlesien wenn auch nur einmal täglich der Name Polens genannt werden. Möge dies Polen lebend unter Euch, meine theuren Brüder, sein! Erzählt von diesem Polen Euren Kindern, mögen sie in dem Empfinden aufwachsen, daß sie Kinder der polnischen Erde sind.

Säubert Eure Sprache von Germanismen; singt Eure alten, schönen polnischen Lieder zu Hause sowohl wie in der Kirche. Möge in Euch der Gedanke der nationalen Einigkeit sich emporheben; mögen Eure Herzen für das Vaterland schlagen. Ich drücke Euch die geschäftigen, fleißigen Hände, liebe Oberschlesischen Brüder! Steht als Vorposten der nationalen Wacht! Wachtet über den polnischen Geist! Lebt wohl Brüder!

Marya Konopnicka.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 254 des Dziennik Berlinki
vom 1. November 1902:

Die Nothwendigkeit einer Reform unserer politischen Einrichtungen.

Unter obigem Titel sendet uns der mit den öffentlichen Angelegenheiten sich immer eifrig befassende Gutsbesitzer Herr Josef v. Mycielski aus Kobylepole, einen wichtigen Reformvorschläge enthaltenden Artikel, welchen wir zur Eröffnung einer Diskussion über die berührten Angelegenheiten hiermit gern veröffentlichen.

Er lautet:

In jedem mit einem parlamentarischen Organismus ausgestatteten Staate, steht an der Spitze der einzelnen

Parteien ein Zentralvorstand, welcher die ganze Politik der Partei sowie die Wahlen und Presse u. s. w. leitet. Wir Polen bilden sowohl in Preußen wie in Deutschland keine Partei, sondern vielmehr einen besonderen Bruchtheil der Volksgesamtheit des Staates. Wenn für die Parteien eine gewisse Organisation erforderlich ist, so ist sie umsoweniger für uns entbehrlich. Dagegen besteht bei uns statt einer Zentralisation, eine verhängnißvolle Dezentralisation.

Wir haben eine polnische Fraktion in Berlin, deren Kompetenz sich nur auf Land- und Reichstagsangelegenheiten erstreckt; sodann haben wir Kreiswahlkomitees, welche fünf Jahre hindurch schlafen und dann im Laufe weniger Wochen eine mehr oder minder eifrige Thätigkeit entwickeln, jedoch ohne gegenseitige Verständigung; ferner haben wir ein Provinzialwahlkomitee, dessen Thätigkeit in Wirklichkeit darin besteht, daß es die Beschlüsse der Kreisversammlungen registriert, die Aufrufe redigiert und für die Anfertigung sowie Versendung der Wahlzettel Sorge trägt; und schließlich haben wir eine Menge schlecht fundirter, zur gegenseitigen Konkurrenz gezwungener Zeitungen, welche keine Organisation untereinander verbindet und die in Folge Mangels eines Zentralpreßbureaus auf die Wiederholung veralteter politischer Nachrichten aus fremden Zeitungen sowie auf gegenseitige Polemik angewiesen sind. Von irgend einem Zusammenhange unter diesen Organen, von einer systematischen, vorher überlegten und vorbereiteten Arbeit, ist bei uns keine Rede.

Daß unter solchen Umständen eine erfolgreiche Thätigkeit ausgeschlossen ist, liegt klar auf der Hand. Wir haben es einzig und allein der Privatinitiative, welche die schlechte und deshalb mangelhafte öffentliche Organisation nach Möglichkeit zu vertreten sucht, zu danken, daß bei uns nicht schon seit langer Zeit eine Verflüchtigung Platz gegriffen hat. Die Nothwendigkeit einer Reform in dieser Hinsicht wird gewiß niemand bestreiten und, daß eine Verzögerung dieser Reform eine nachtheilige Wirkung haben könnte, wird jedermann zugestehen müssen, der in Betracht zieht, in welcher Weise alle Evolutionen durch den Fortschritt der Zivilisation beschleunigt werden. Evolutionen, welche im Alterthum Jahrtausende gebrauchten, erforderten im Mittelalter einige Jahrhunderte, in der Neuzeit einige Jahrzehnte, im 19. Jahrhundert ein Menschenalter und im 20. Jahrhundert können sie innerhalb einiger Monate vor sich gehen.

In ganz unberechtigter Weise wird uns von Seiten unserer Feinde der Vorwurf gemacht, daß die slawische Natur sich zur Organisation als untauglich erweise. Unsere ökonomischen Einrichtungen, wie der landwirtschaftliche Zentralverein, der Verband der Erwerbsgenossenschaften, die Bauernvereine, entfalten nicht nur eine bedeutsame Thätigkeit, sondern sie haben ihre Mitglieder in einer strengen Zucht und zu einer Einigkeit in ihren Bestrebungen erzogen, deren sich ähnliche Einrichtungen der Fremden kaum rühmen dürften. Vor nicht langer Zeit ist mir der Rechenschaftsbericht eines internationalen Verbandes religiös-philantropischer Vereine in die Hände gefallen. Mit Stolz überzeugte ich mich durch ihn über die bedeutende Organisation und Thätigkeit der polnischen Bruderschaften gegenüber der Winzigkeit und mehr leeren Formen als ihrer Bestimmung huldigenden französischen Vereinigungen. Ob uns das, was wir auf praktischem Gebiete sehr gut vollbringen können, auf politischem Gebiete Schwierigkeiten bereiten sollte?

Es ist nicht zu leugnen, daß uns die nationale Disziplinlosigkeit und die nationale Trägheit ein Hinderniß bereiten, doch dafür hat es uns niemals an dem nöthigen Eifer gefehlt. Mitunter war er zwar entflammt wie ein Strohfeuer und hat nur Rauch er-

zeugt, doch hat er auch das Volk oftmals in dem Augenblicke der drohendsten Gefahren gerettet. Man müßte geradezu blind sein, um nicht zu erkennen, daß gerade der gegenwärtige Moment einer der fürchterlichsten für uns ist, und daß unser ferneres Dasein nur davon abhängt, ob wir es verstehen, hinreichenden Eifer und hinreichende Energie zu entwickeln, um unsere Lage zu verbessern und ein für alle Mal den inneren Hader unter uns zu ersticken, damit wir uns Schulter an Schulter zur Vertheidigung unserer heiligsten Güter stellen.

Laßt uns dessen eingedenk sein, daß wir uns in einer anormalen Lage befinden. Weil für uns das Feld der großen Politik verschlossen ist, bleibt uns nur die innere Politik übrig, welche uns allerdings eine Zersplitterung in mehrere Theile nicht erlaubt. Wir dürfen weder Parteien noch Koterien bilden; es ist vielmehr unsere Pflicht, gemeinschaftlich, unter Hintanstellung aller persönlichen Rücksichten, für unser Gemeingut thätig zu sein.

Die Hauptbedingung für eine erfolgreiche gemeinschaftliche Thätigkeit ist die Durchführung einer entsprechenden Organisation. Ich denke mir die Sache so, daß unsere Gesamtheit die allgemeine Leitung der öffentlichen Angelegenheiten einem Organisations-Hauptkomitee anzuvertrauen hätte, welches sich aus einer Reihe von unabhängigen Männern von ausgebreitetem Wissen und unantastbarem Charakter zusammensetzte. Ihm würde auch die Thätigkeit des heutigen Zentralwahlkomitees zufallen. Es hätte die Volksversammlungen einzuberufen, die Wahlen zu leiten, eine enge Fühlung mit der polnischen Fraktion zu halten und mit dieser gemeinschaftlich über unsere Stellungnahme in den einzelnen Fragen zu entscheiden. Mit Hilfe des Pressbureaus würde es Fühlung mit unserer Presse und durch Ertheilung von polnischen Pressinformationen nach dem Auslande, auch Fühlung mit der ausländischen Presse haben. Diesem Hauptkomitee müßten zur Unterstützung in örtlichen Angelegenheiten Kreis- und Ortskomitees unterstellt sein. Damit aber diese Organisation nicht in eine Diktatur ausarte und nicht in Einseitigkeit verfalle, würde ich die Abhaltung von Generalversammlungen von Delegirten unserer Gesamtheit vorschlagen, welche in Gemeinschaft mit dem Hauptkomitee und der polnischen Fraktion in regelmäßigen Zeitabschnitten zu Beratungen zusammenzutreten hätten und in dringenden Fällen zu außergewöhnlichen Sitzungen einberufen werden müßten. Hier wäre auch der Ort, wo man die verschiedenen Meinungen zum Ausdruck zu bringen haben würde. Die Bildung von Parteien müssen wir vermeiden, aber eine Verschiedenheit der Ansichten muß auch unter uns, wie in jeder gesunden Gesamtheit vorhanden sein und ihre Gleichberücksichtigung nur einzig und allein in einer ruhigen Diskussion suchen.

Eine solche Organisation wäre wirklich in der Lage, unsere Sache erfolgreich zu leiten und auch nach innen würde sie genug Ansehen besitzen, um sich eine rücksichtslose Unterwürfigkeit der Gesamtheit zu sichern.

Die Organisation, wie ich sie mir denke, soll an den bestehenden Einrichtungen nichts ändern und Niemanden weder das Ansehen noch den Unterhalt rauben; im Gegentheil, sie soll die Einrichtungen, die so viele Jahre hindurch mit Erfolg für unsere Landestheile gearbeitet haben, kräftigen und auszudehnen suchen.

So kann also das Organisationskomitee aus dem heutigen Provinzialkomitee gebildet werden, dessen Zusammensetzung und Thätigkeitsfeld zu diesem Zwecke nur erweitert zu werden brauchen. Die Kreiskomitees werden entstehen und von den Redakteuren wird Nie-

mand seiner Stelle verlustig gehen. Das neue Pressbureau und die neue Organisation werden soviel Kräfte erfordern, daß sich für Jeden ein Plätzchen finden wird.

Allerdings dürfen wir uns nicht verheimlichen, daß die Einrichtung dieser Organisation auf nicht unbedeutende Hindernisse stoßen wird. Der erste Zweifel besteht in der Finanzfrage, doch ist die Opferwilligkeit so bedeutend, daß ich nicht zweifle, es würden zu solch einem wichtigen Zweck Gaben in überaus reichlichem Maße fließen. Der polnischen Millionen, welche unproduktiv angelegt sind und oft außerhalb des Landes verschwendet werden, trotzdem sich hier Gelegenheit bietet, sich von den vielen dem Vaterlande gegenüber begangenen Sünden zu rehabilitiren, will ich erst gar nicht gedenken.

Ein bedeutend größeres Hinderniß werden die Schwierigkeiten bieten, welche die Regierung durch Aufsehung von Seiten des Satatismus uns in den Weg zu legen nicht unterlassen wird. Daß aber auch Fabeln über polnische Verschwörungen, über eine geheime Nationalregierung u. s. w. wie aus einem Füllhorn ausgestreut werden, liegt klar auf der Hand. Deshalb muß die ganze Angelegenheit offen behandelt werden, und es wird Sache der neuen Organisation sein, zur Information der Regierung eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, damit allen deutschen Verleumdungen von vornherein entgegengetreten werde.

Da ich von der dringenden Nothwendigkeit der oben näher erläuterten Reform voll und ganz überzeugt bin, richte ich an alle gutgesinnten Leute die heiße Bitte, sich an der Verwirklichung der Reform zu betheiligen. Die polnischen Zeitungen bitte ich um geneigte Wiederholung meiner Ausführungen.

Ich wünsche, daß die polnische Fraktion in Gemeinschaft mit dem Zentral-Wahlkomitee in dieser Angelegenheit die Initiative ergreife, wodurch ich eine bedeutende Förderung der Sache unserer Gesamtheit erhoffe.

Josef v. Mycielski.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 19 der Gazeta Ludowa
vom 9. November 1902:

Aus der Partei-Bewegung.

Die Organisation der Frauen-Bewegung in Posen ist jetzt auf der Tagesordnung. Die Frauen betheiligen sich immer fleißiger an den Versammlungen und interessieren sich für Berufs- und politische Angelegenheiten; aber es fehlte bisher eines gewissen Zentrums, es fehlte eine Organisation, die sich insbesondere mit der Agitation unter den Frauen beschäftigt hätte. Am 20. Oktober cr. fand in Posen eine Frauen-Versammlung statt, in welcher drei Genossinnen für die Agitation unter den Frauen gewählt wurden, es sind dies die Frauen Gogowska, Hein und Gramje.

Wir haben die Hoffnung, daß die Angelegenheit sich schnell entwickeln wird.

In Schönlanke schreitet die Agitation gleichfalls fort. Am vergangenen Sonntag wurde in einer öffentlichen Versammlung ein sozialdemokratischer Verein gegründet, dem sofort 53 Mitglieder beitraten. Am nächsten Sonntag findet eine Volksversammlung statt, in der ein Referent aus Posen sprechen wird.

Aus Nr. 19 der Gazeta Ludowa
vom 9. November 1902:

Die Politik der polnischen Fraktion vor dem Gericht der Posener Wähler.

Die Volksversammlung, die am 2. November in Posen im Saale des Herrn Berndt stattfand, war

ein wirkliches Gericht über die Politik der polnischen Fraktion. Trotz des Allerfeiertages erschien das Posener Volk, beiderlei Geschlechts, so zahlreich, daß der Saal gefüllt war, ebenso auch der neben diesem belegene kleine Saal. Es waren gegen 500 Personen anwesend, darunter einige Duzend Frauen. Die Aufmerksamkeit, mit welcher den Ausführungen der Referentin gefolgt wurde, die lange und außergewöhnlich belebte Diskussion, schließlich die Begeisterung, mit welcher die Resolution angenommen wurde, zeugen davon, wie sehr das Posener Volk durch die letzten Vorkommnisse im Parlament empört worden ist. Es waren nur einige Angehörige der bürgerlichen Partei erschienen, aber sobald einzelne von ihnen zu opponieren begannen, mußten auch sie ohne Ausnahme zugeben, daß sie hinsichtlich der Zölle mit der Verurteilung der Politik der polnischen Fraktion einverstanden seien.

Ganz besonders war die Volksversammlung am Sonntag ein Gericht für den Herrn v. Chrzanowski, den Posener Reichstagsabgeordneten. Durch die Einberufung der Versammlung wurde er zu derselben geladen, um vor den Posener Wählern einen Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit zu geben, doch lehnte er ab und theilte mit, daß er nur vor seinen Wählern einen Bericht abstattet werden und nicht vor „internationalen Sozialdemokraten“. Die Antwort des Herrn von Chrzanowski lautet:

„Geehrter Herr! Einen Rechenschaftsbericht über meine parlamentarische Thätigkeit bin ich nur meinen Wählern zu geben verpflichtet, was ich auf deren Verlangen auch gern thun würde. Weil aber unter ihnen keine Anhänger der internationalen Sozialdemokratie sind, welche Sie, geehrter Herr, repräsentiren, deshalb kann ich zu der durch Sie auf den 2. November cr. einberufenen Versammlung nicht erscheinen.

Mit Hochachtung.

Bernard Chrzanowski.

Posen, den 1. November 1902.“

Wie bereits erwähnt, waren im Saale ziemlich zahlreich solche Leute anwesend, die bisher nicht zur sozialdemokratischen Partei gehörten und die gewiß in den Würgtagen bei der vorjährigen Wahl ihre Stimme für v. Chrzanowski abgegeben haben. Die Antwort des v. Chrzanowski mußte daher auch diese seine Wähler entrüsten. Es war um so schlimmer für ihn, daß diese „seine“ Wähler in seiner Abwesenheit über ihn richten mußten. Wir können dem Herrn v. Chrzanowski versichern, daß er bei den bevorstehenden Wahlen von dem Posener Volke eine Lehre bekommen wird, wie er sie sich bisher nicht hat träumen lassen. Durch die Volksversammlung am Sonntag ist unter das Posener Volk ein Körnlein politischen Selbstbewußtseins gesät worden, daß in Kurzem reiche Früchte bringen wird.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 35 des Kurjer Tygodniowy
vom 28. August 1902:

Milwaukee, Amerika.

Rußland und Deutschland.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß trotz der scheinbaren Freundschaft und Höflichkeit, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland in der letzten Entwicklungsphase der auswärtigen Politik beider Mächte als sehr kühl zu bezeichnen sind. Abgesehen von der für Deutschland empfindlichen

Finanzpolitik des russischen Finanzministers v. Witte, abgesehen von der bei den Mitgliedern der Zarenfamilie gegenüber Kaiser Wilhelm II. herrschenden persönlichen Antipathien, kann man es schwer unterlassen, die Aufmerksamkeit auf die an jedem Tage wachsende und stärkere Animosität der öffentlichen Meinung und Presse in Rußland hinzulenkten, welche seit gewisser Zeit offen auffordert, Deutschland gegenüber eine entschieden feindselige Stellung einzunehmen.

Ein beredtes Zeugniß für diese Gesinnung giebt die Art und Weise, in welcher die russische Presse den Deutschen die Schlacht bei Grunewald in Erinnerung gebracht hatte. Schon seit langer Zeit ist von dieser Presse kein solch vernehmlicher und entschiedener Protest eingelegt worden, schon seit langer Zeit ist der lange geheim gehaltene Kassenhaß zwischen Slawen und Deutschen nicht so offen und deutlich zum Ausdruck gekommen, als gerade bei dieser Gelegenheit. Das brutale Auftreten in Marienburg goß Del ins Feuer und erinnerte Rußland daran, daß der teutonische Uebermuth sich mit dem Mißfußentreten der polnischen Unterthanen nicht mehr lange zufrieden geben, sondern mit der Zeit versuchen wird, die räuberischen Streifzüge immer weiter auszudehnen. In dieser Situation war es der russischen Presse unmöglich, Breschen und Marienburg zu vergessen und den unterdrückten Polen ihr Mitleidgefühl nicht zu bezeugen.

Wenn es auch zweifellos „Krokodilstränen“ sind, so ist dieser Umstand für uns in jedem Falle ungemein erwünscht und bildet eine bedeutsame Thatsache, in welcher die polnische Frage als Knochen des ewigen Unfriedens zwischen Rußland und Deutschland die erste Rolle spielt und das Urtheil sowie die Meinung der Polen von nicht geringer Bedeutung sind.

Diese Reaktion der öffentlichen Meinung in Rußland gegen Deutschland verbunden mit dem Geheimniß, welches den Besuch des Königs von Italien am Petersburger Hofe umgab, mußte die deutsche Politik zur größeren Wachsamkeit hinsichtlich der drohenden Gefahr einer Erschütterung des Ansehens Deutschlands in der Weltpolitik veranlassen.

Die Visite Wilhelm II. in Reval bezweckte zweifellos, den Eindruck der antidutschen Gesinnungen in Rußland abzuschwächen und die Wachsamkeit Rußlands durch den Hinweis auf die traditionelle Brüderschaft und die Gemeinschaft der Interessen einzuschläfern. Diese „Interessengemeinschaft“ oder mit anderen Worten die „polnische Frage“ hat schon seit der Zeit aufgehört ein gemeinschaftliches Interesse zu sein, seit welcher die preussische Ausrottungs-Politik offenkundig bestrebt ist, das slawische Element aus seinen uralten Wohnsitzen zu verdrängen und seit dem es selbst mit elementarer Gewalt nach Osten vordringt. Daß Kaiser Nikolaus II. auf den Leim leerer Versicherungen nicht eingehen und sich mit der bisherigen Zuschauerrolle eines höflichen aber vorsichtigen und auf alle Eventualitäten vorbereiteten Nachbarn begnügen wird, der nichts unternimmt, was als ein Zugeständniß in Sachen der deutschen Politik aufgefaßt werden könnte, unterliegt ebenfalls keinem Zweifel. Wenn die deutsche Diplomatie jedoch der Meinung sein sollte, daß es ihr nach der Visite in Reval gelingen würde, Rußland zur Einleitung eines gleichen Tempos in der Ausrottungs-Politik den Polen gegenüber, als wie im eigenen Lande, geneigt zu machen, so wird sie eine große Enttäuschung erfahren.

Die Zeiten politischer Täuschungen sind für Rußland schon längst vorüber und die deutsche Freundschaft hat sich als überaus selbstföchtig entpuppt.